



Kinderreport Deutschland 2018

RECHTE VON KINDERN IN DEUTSCHLAND

IMPRESSUM

Kinderreport Deutschland 2018

Rechte von Kindern in Deutschland

Herausgeber

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116-118, 10117 Berlin
Fon: 030 308 693-0
Fax: 030 308 693-93
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de

Autorinnen/Autoren

Thomas Krüger, Holger Hofmann, Uwe Kamp, Nina Ohlmeier, Sebastian Schiller

Redaktion

Sylvia Kohn

Layout

Gabriele Lattke/Journalisten&GrafikBüro

Fotos

Jock+Scott/photocase.de (Titelfoto), Oksana Guseva/fotolia.com (S. 41), Henning Lüders/Deutsches Kinderhilfswerk (S. 44 + 47), Speed Kingz/shutterstock (S. 49), Michael Horn/pixelio.de (S.50), Criene/photocase.de (S. 53), Unikation/photocase.de (S.54), Fotostrom/iStock (S. 57),

Druck

WIRmachenDRUCK GmbH, Backnang

© 2018 Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

ISBN 978-3-922427-13-1

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Kinderreport Deutschland 2018

Rechte von Kindern in Deutschland

Inhalt

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Kinderarmut in Deutschland	7
-----------------------------------	----------

Deutsches Kinderhilfswerk

Kinderreport 2018 – Ergebnisse und Schlussfolgerungen	9
--	----------

Erhebung und Untersuchungsdesign	9
Bewertung der Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland	10
Gründe für Kinderarmut	14
Bekämpfung von Kinderarmut	21
Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut	27
Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland	30
Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche	34

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Über Ausgrenzung und fehlende Zukunftsperspektiven von Millionen Kindern	39
---	-----------

Lebenslagen von Kindern und die vielfältigen Dimensionen von Kinderarmut	42
Dimension materielle Absicherung – wenn Mangel und Verzicht zum Alltag gehören	43
Dimension Gesundheit – Risiken mit nachhaltigen Folgen	46
Dimension Bildung – über Vererbung von Bildungsbiografien und die Phrase von der Leistungsgesellschaft	47
Dimension soziale Teilhabe – über alltägliche und politische Beteiligung und die Bedeutung der Lebensstile für soziale Positionierungen	49
Fazit	54

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Kinderarmut in Deutschland

Die dem Kinderreport 2018 des Deutschen Kinderhilfswerkes zugrunde liegende repräsentative Umfrage des Politikforschungsinstituts Kantar Public wurde in einer politisch besonders ereignisreichen Zeit erhoben. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/Die Grünen für eine sogenannte Jamaika-Koalition war zum Zeitpunkt der Befragung in der 48. Kalenderwoche 2017 völlig unklar, wie es mit der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 weitergeht. Auch zum Zeitpunkt der Drucklegung des Kinderreports 2018 sind viele diesbezügliche Fragen nicht geklärt.

Der Kinderreport greift in jährlichem Rhythmus Fragen zu kinderrechtlichen Kernthemen auf, um sowohl einen aktuellen Zustand abzubilden als auch eine Entwicklung in kinderrechtlich relevanten Gesellschaftsbereichen sichtbar zu machen. Dabei bilden Fragen zur Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention und den darin festgeschriebenen Kinderrechten, zu Gründen für die Kinderarmut in Deutschland und zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft die drei stetigen Säulen der Befragung. Über die Jahre ergibt sich daraus ein Monitoring zum Stand der Kinderrechte, das aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes wichtige Impulse für Politik und Gesellschaft setzt. Wir haben die Ergebnisse für Sie in der vorliegenden Publikation zusammengefasst und die für das Deutsche Kinderhilfswerk naheliegenden Schlussfolgerungen für politisches Handeln dargestellt.

Zusätzlich greift der Kinderreport wie jedes Jahr ein Schwerpunktthema auf, das in einem weiteren Fragenkomplex eingehend beleuchtet wird. Der Kinderreport 2018 hat sich des Themas Kinderarmut angenommen, weil wir trotz weitreichender öffentlicher Diskussionen in den letzten Jahren keine maßgeblichen Verbesserungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen erkennen können. Derzeit ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen, eine erschreckend hohe Zahl für eine der reichsten Industrienationen der Welt. In einem Land wie Deutschland zeichnet sich Kinderarmut nicht allein durch materielle Entbehrungen, sondern auch durch Ausgrenzung und damit fehlende Teilhabe an Aktivitäten aus, die für andere Kinder und Jugendliche selbstverständlich sind. Um das Themenfeld Kinderarmut auch in dieser Hinsicht weiter auszuleuchten, haben wir hier nachgefragt: Wie bewerten die Menschen in Deutschland die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft, um Kinderarmut hierzulande zu bekämpfen? Welche Maßnahmen werden präferiert, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen? Und sind die Menschen dazu bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte? Die Ergebnisse sind an vielen Stellen bemerkenswert und geben wichtige Fingerzeige für Politik und Zivilgesellschaft. Wir als Kinderrechtsorganisation mahnen eine grundlegende Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland an. Dazu braucht es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes einen Bundesweiten Aktionsplan, der mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist und ressortübergreifend an allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern ansetzt, sowie grundlegende Reformen in Bund, Ländern und Kommunen für eine bessere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Kinderarmut darf nicht kleingeredet, sondern sie muss durch konkrete politische Maßnahmen beseitigt werden.

Wir sind optimistisch, mit den Ergebnissen zu diesen aktuellen Fragen mit dem Kinderreport 2018 wichtige Impulse zur Unterstützung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu geben und dadurch den konkreten Einsatz zur Förderung von Kinderrechten in Deutschland zu unterstützen. Ich wünsche den Leserinnen und Lesern eine angeregte Lektüre und den Kindern in Deutschland eine zunehmende Zahl an Unterstützerinnen und Unterstützern, damit die UN-Kinderrechtskonvention und die darin normierten Kinderrechte in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden.

Berlin, Februar 2018

Kinderreport 2018 – Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den Kinderreport 2018 wurden im November/Dezember 2017 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 620 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.001 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 27. November bis 3. Dezember 2017. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert. Der Erhebungszeitraum für die Erwachsenenenumfrage erstreckte sich vom 27. bis 30. November 2017.

Methodensteckbrief



	Befragung Kinder und Jugendliche	Befragung Erwachsene
Grundgesamtheit	Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Stichprobe/ Erhebungsverfahren	Access-Panel; Quoten-Stichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Bundesland	Repräsentative Zufallsauswahl/ Telefoninterviews (CATI), Dual Frame
Fallzahl	620 Befragte	1.001 Befragte
Erhebungszeitraum	27. November – 3. Dezember 2017	27. November – 30. November 2017
Durchführendes Institut	Kantar Public Deutschland	
Ihr Ansprechpartner	Kerstin Wolf 030/533 22 207 Christoph Döbele 030/533 22 209	

KANTAR PUBLIC

Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport in jährlichem Rhythmus einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Zusätzlich erfolgt bei jedem Kinderreport eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema, das nur im betreffenden Jahr abgefragt wird.

Inhaltliche Kernthemen der Befragungen stellten – wie in den vergangenen Jahren – die Bekanntheit von Kinderrechten, Gründe für Kinderarmut sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar. Die Fragestellungen für diese Themenkomplexe wurden im Wesentlichen aus den Vorjahren übernommen. Die Formulierungen der Fragen für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurden dem Verständnis dieser Altersgruppe angepasst.

Themenschwerpunkt des diesjährigen Kinderreports ist die Kinderarmut in Deutschland. Damit kann neben den jährlich abgefragten Gründen für Kinderarmut ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen werden. Im Einzelnen wurde abgefragt, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft bewertet werden, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen und welche Unterstützungsmaßnahmen für einkommens-

schwache Familien mit Kindern für sinnvoll erachtet werden. Schließlich wurde erhoben, ob die Befragten dazu bereit wären, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte.

Die Fehlertoleranz der Umfrage bei den Kindern und Jugendlichen liegt mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit bei unter 1,7 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 4,0 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent), die bei den Erwachsenen bei unter 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 3,1 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent).

Die Befragung zum Kinderreport 2018 fand in einer Zeit großer politischer Unsicherheiten statt. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche für eine sogenannte Jamaika-Koalition war zum Zeitpunkt der Befragungen in der 48. Kalenderwoche 2017 vollkommen unklar, wie sich die nächste Bundesregierung zusammensetzt, ob es eine erneute Große Koalition, eventuell eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen geben wird.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage dargestellt und bewertet. Aufgrund der Datenfülle können dabei nicht alle Daten analysiert und/oder grafisch aufbereitet werden. Deshalb fokussieren sich die Ausführungen vor allem auf die generellen Erkenntnisse und statistisch interessante Aufschlüsselungen einzelner Faktoren, z.B. des Alters, der Parteipräferenzen, des Haushaltseinkommens oder der Schulbildung. Wo es sinnvoll erscheint, werden auch Daten aus den vergangenen Befragungen zum Kinderreport oder anderen Befragungen für das Deutsche Kinderhilfswerk in die Bewertungen einbezogen.

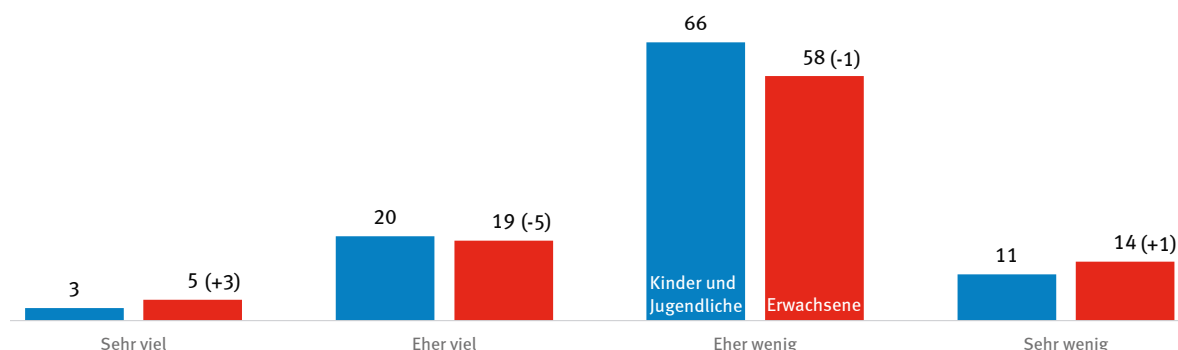
Bewertung der Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland

Die UN-Kinderrechtskonvention normiert in Artikel 26 das „Recht jedes Kindes auf Leistungen der sozialen Sicherheit“. Zugleich erkennen die Vertragsstaaten in Artikel 27 „das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an“. Diese Maßgaben sollten in einer der reichsten Industrienationen der Welt eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

13 Jahre nach der bisher umfangreichsten Arbeitsmarktreform in Deutschland und der Einführung der Hartz-IV-Gesetze ist aber festzustellen, dass sich dadurch nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerkes insbesondere die Kinderarmut in Deutschland deutlich verschärft, die Kinderarmutsquote mehr als verdoppelt hat. Derzeit ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland bewertet werden, von besonderer Bedeutung.

Die erwachsenen Befragten stellen Staat und Gesellschaft in dieser Frage ein eher schlechtes Zeugnis aus. Lediglich 5 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „sehr viel“ getan wird, für 19 Prozent wird „eher viel“ getan. Knapp drei Viertel beurteilen die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft hingegen eher negativ. Für 58 Prozent wird „eher wenig“ und für 14 Prozent sogar „sehr wenig“ in dieser Hinsicht getan.

Damit bewegen sich die Ergebnisse in etwa auf dem Niveau einer Befragung aus dem Jahre 2013, die seinerzeit von infratest dimap im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes durchgeführt wurde.



Frage 1: Was glaubst du, wie viel wird in Deutschland getan, um Kinderarmut bei uns zu bekämpfen?

Frage 1: Wie bewerten Sie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen?
Würden Sie sagen, da wird sehr viel getan, eher viel getan, eher wenig oder sehr wenig getan?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zur Studie Kinderarmut in Deutschland 2013
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Die befragten Kinder und Jugendlichen kommen zu ähnlichen Einschätzungen wie die Erwachsenen. Für 3 Prozent wird „sehr viel“ und für 20 Prozent wird „eher viel“ von Staat und Gesellschaft getan, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Auch hier überwiegt mit 66 Prozent („eher wenig“) bzw. 11 Prozent („sehr wenig“) der Anteil derer deutlich, die die Maßnahmen als unzureichend sehen.

Bemerkenswert ist, dass mit zunehmendem Alter die Einschätzung deutlich negativer ausfällt. Während bei den 10- bis 11-Jährigen insgesamt 31 Prozent (6 Prozent „sehr viel“ und 25 Prozent „eher viel“) eine positive Sicht in dieser Hinsicht haben, sind es bei den 12- bis 14-Jährigen lediglich 21 Prozent (1 Prozent „sehr viel“ und 20 Prozent „eher viel“), und bei 15- bis 17-Jährigen nur noch 17 Prozent (1 Prozent „sehr viel“ und 16 Prozent „eher viel“). Deutlich unterschiedlich ist die Bewertung auch zwischen Hauptschülerinnen und Hauptschülern (insgesamt 12 Prozent „sehr viel“ und „eher viel“) auf der einen sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (insgesamt 26 Prozent „sehr viel“ und „eher viel“) auf der anderen Seite.

Die Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Parteianhängerschaft zeigt das zu erwartende differenzierte Bild. Insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der Unionsparteien (insgesamt 39 Prozent „sehr viel“ und „eher viel“) bewerten die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft deutlich positiver als beispielsweise die der Linken (insgesamt 11 Prozent) oder der Grünen und der AfD (beide insgesamt 17 Prozent). Auch diese Ergebnisse bewegen sich in etwa auf dem Niveau der Befragung aus dem Jahre 2013.¹ Ähnlich verhält es sich auch bei der Betrachtung der Ergebnisse anhand der Haushaltsnettoeinkommen.

¹ Bei der Befragung im Jahr 2013 wurden hinsichtlich der Parteipräferenzen nur Ergebnisse für die Anhängerinnen und Anhänger der Unionsparteien, der SPD, der Linken und der Grünen ausgewiesen, da zum Zeitpunkt der Befragung die Anzahl derjenigen, die angaben, FDP oder AfD gewählt zu haben, deutlich unter der kritischen Mindestgröße für eine separate Auswertung lag.

Parteianhängerschaft	Unions- Anhänger	SPD- Anhänger	AfD- Anhänger	FDP- Anhänger	Linke- Anhänger	Grüne- Anhänger
Sehr viel	6	3	7	7	1	2
Eher viel	31	19	10	18	10	15
Eher wenig	54	62	37	63	63	65
Sehr wenig	4	13	38	9	26	13
Haushaltsnettoeinkommen	Sehr viel	Eher viel	Eher wenig		Sehr wenig	
Unter 1.500 €	23	9 14	50		22	
1.500 bis 3.000 €	20	3 17	61		17	
3.000 € und mehr	25	4 21	63		10	

Frage 1: Wie bewerten Sie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen?
Würden Sie sagen, da wird sehr viel getan, eher viel getan, eher wenig oder sehr wenig getan?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Beachtenswert ist auch das Ergebnis der SPD-Anhängerinnen und -Anhänger. Nur 3 Prozent kommen zu der Einschätzung, dass Staat und Gesellschaft „sehr viel“ gegen die Kinderarmut in Deutschland machen, 19 Prozent meinen, dass „eher viel“ getan wird. Dabei hat die SPD auf der Bundesebene in den letzten vier Jahren Regierungsverantwortung getragen und mit den Bundesministerien für Arbeit und Soziales bzw. Familie, Senioren, Frauen und Jugend zwei Schlüsselministerien in dieser Frage verantwortet. Und auch in vielen Bundesländern steht die SPD durch Regierungsbeteiligungen bei der Bekämpfung der Kinderarmut in der Verantwortung.

Auffällig ist zudem das Meinungsspektrum bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. 38 Prozent kommen hier zu der Einschätzung, dass Staat und Gesellschaft nur „sehr wenig“ tun. Dieser Wert hebt sich sehr deutlich von denen der anderen Parteien ab. Nur die Anhängerinnen und Anhänger der Linken kommen mit 26 Prozent in Reichweite, alle anderen Parteien weisen bei dieser Antwortoption wesentlich geringere Werte aus.

Politische Schlussfolgerungen

Wie bereits die Umfragen der letzten Kinderreporte zeichnet auch die vorliegende Umfrage ein eindeutiges Bild: Sowohl aus Sicht der Erwachsenen als auch aus Sicht der Kinder und Jugendlichen werden die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut mehrheitlich als unzureichend eingeschätzt. Positiv ist zu vermerken, dass ein hohes gesellschaftliches Problembewusstsein angesichts der anhaltend großen Kinderarmut in Deutschland festzustellen ist. Dieses übersetzt sich bisher jedoch nicht in entsprechende politische Schwerpunktsetzungen und Handlungen. Daraus ergibt sich aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, endlich wirksame und umfassende Maßnahmen gegen die Kinderarmut in Deutschland zu ergreifen. Dies geben auch die Artikel 26 und 27 der UN-Kinderrechtskonvention vor, die allen Kindern in Deutschland einen angemessenen Lebensstandard und soziale Sicherheit garantieren.

Laut Armutsbericht 2017, der gemeinsam vom Paritätischen Gesamtverband, Deutschem Kinderhilfswerk und anderen Organisationen herausgegeben wurde, sind 2,7 Millionen Kinder in Deutschland von Armut betroffen. Hinzu

kommen die zu uns geflüchteten Kinder und Jugendlichen, soweit sie noch nicht in den Mikrozensus-Daten und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit erfasst sind und eine nicht in den Statistiken auftauchende Dunkelziffer von in verdeckter Armut lebenden Familien. Angesichts einer boomenden Wirtschaft überrascht es umso mehr, dass in den letzten Jahren keine spürbare Verringerung der Zahl zu verzeichnen ist.

Trotz der anhaltend hohen Kinderarmutszahlen ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes in diesem Bereich politisch ein weitestgehender Stillstand zu verzeichnen: So schaffte es der Begriff „Kinderarmut“ 2013 nicht einmal in den zwischen CDU/CSU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag. Dementsprechend wenig tiefgreifend waren die politischen Reformen der letzten vier Jahre in diesem Bereich. Es wurden zwar geringfügige Erhöhungen bei Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsätzen sowie eine lange überfällige Reform des Unterhaltsvorschlusses auf den Weg gebracht. Nach wie vor zeichnet sich das deutsche Familienleistungssystem jedoch durch seine komplexen Anrechnungs- und Schnittstellenproblematiken sowie hohe bürokratische Hürden aus, durch die Leistungen häufig an den Anspruchsberechtigten vorbeigehen. Auch werden Familien mit höheren Einkommen nach wie vor stärker entlastet, als solche mit niedrigerem Einkommen. Systematische politische Lösungsschritte blieben bisher leider aus.

In gleichem Atemzug haben viele Kommunen aufgrund knapper Haushaltslage ihre Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und Freizeitangebote zurückgefahren bzw. verteuert. Dabei hat die Sicherung bzw. der Ausbau der kommunalen Infrastruktur eine große Bedeutung für Familien: Dies demonstrieren auch die in 2017 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Erhebung 2015, die auf die starke Abhängigkeit von Herkunft und Bildungschancen hinweisen. Das Deutsche Kinderhilfswerk weist immer wieder darauf hin, dass es in unserem Land bisher nicht gelingt, Kindern, die in Armut aufwachsen, die gleichen Teilhabe- und Verwirklichungschancen wie Kindern aus bessergestellten Sozialmilieus zu garantieren. Daher überrascht der Befund der Umfrage nicht, dass Hauptschülerinnen und Hauptschüler weit häufiger der Meinung sind, dass eher wenig oder sehr wenig gegen Kinderarmut getan wird. Die zunehmende Segregation im Bildungssystem hat zur Folge, dass gerade Kinder und Jugendliche in Schulformen, die nicht zum Abitur führen, proportional häufiger Armutserfahrungen im Umfeld oder in ihrer eigenen Familie machen. Auch kann die mit dem Alter der Kinder steigende Einschätzung, dass zu wenig gegen Kinderarmut getan wird, neben einem größeren Bewusstsein für gesellschaftliche Fragen, darauf zurückzuführen sein, dass mit dem dreigliedrigen Schulsystem die eigene Erfahrung mit Ausgrenzung und Segregation wächst. Diese Anhaltspunkte ziehen sich durch die weiteren Fragenkomplexe zum Thema Armut in diesem Kinderreport.

Das Deutsche Kinderhilfswerk sieht dementsprechend eine der größten politischen Herausforderungen darin, die Kinderarmut in Deutschland nicht nur durch ein umfassendes Maßnahmenpaket anzugehen, sondern diese Maßnahmen in eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzubetten. Eine solche Gesamtstrategie sollte das Ziel haben, Kinder und ihre Familien einerseits materiell ausreichend abzusichern und andererseits gleiche Bildungs- und Teilhabechancen durch eine entsprechende hochwertige Infrastruktur sowie gesunde und partizipative Lebensbedingungen zu schaffen. Einige der Maßnahmen, die aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes Bestandteil einer solchen Strategie sein sollten, werden in den Erläuterungen zu den folgenden Fragen näher beschrieben.

Gründe für Kinderarmut

Die Gründe für die hohe Kinderarmutsquote in Deutschland sind vielfältig: Arbeitslosigkeit der Eltern, zu niedrige Entlohnung insbesondere von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Teilzeitarbeit bei Alleinerziehenden. Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit Migrationshintergrund sind überproportional von Kinderarmut betroffen.

Die wesentliche Ursache für Kinderarmut sind nach Einschätzung der Bevölkerung die zu geringen Einkommen in Deutschland. 84 Prozent der Erwachsenen („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) und 94 Prozent der Kinder und Jugendlichen erachten die Einkommenssituation als Hauptgrund für Kinderarmut. Gegenüber 2017 ist dieser Anteil nahezu unverändert, bei den Erwachsenen hat er um 3 Prozent abgenommen, bei den befragten Kindern und Jugendlichen um 1 Prozent zugenommen. Unter Erwachsenen, die mit einem vergleichsweise niedrigen Einkommen selbst von dieser Problematik betroffen sind, wird diesem Aspekt aktuell mit 89 Prozent (trotz einem Minus von 2 Prozent gegenüber 2017) ein noch höherer Stellenwert beigemessen.

Schauen wir nur auf den Bereich „Trifft voll und ganz zu“, so zeigt der Vergleich zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen und Erwachsenen auf der anderen Seite, dass diese fast durchgängig sehr eng beieinander liegen, mit Ausnahme der Einschätzungen, inwieweit arme Kinder in der Schule zu wenig unterstützt werden, um gute Noten und später einen guten Beruf zu bekommen bzw. von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt – hier liegt die Zustimmung der Erwachsenen 18 Prozent höher – und der Bewertung, dass sich die Politik dem Problem der Kinderarmut nur unzureichend widmet – hier liegt die Zustimmung der Kinder und Jugendlichen 11 Prozent höher.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...



Trifft voll und ganz zu	Kinder und Jugendliche	Erwachsene
sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet	(+9) 52	41 (+3)
die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet	(+1) 9	11 (+2)
viele Einkommen in Deutschland einfach zu gering sind	(+3) 58	50 (+3)
der Familienzusammenhalt in Deutschland zu gering ist	(±0) 11	18 (±0)
Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung	(+3) 42	47 (+2)
von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt	(+6) 29	47 (-2)

Frage 2: In Deutschland gibt es Kinder, die arm sind. Was sind Deiner Meinung nach dafür die Gründe? Bitte gib für jeden Grund an, ob er Deiner Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil .../Frage 2: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/
Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Der Aussage, dass sich Politikerinnen und Politiker nur unzureichend um das Problem der Kinderarmut kümmern, stimmen 52 Prozent der Kinder und Jugendlichen, und damit 9 Prozent mehr als im letzten Kinderreport, „voll und ganz“ zu. Hier gibt es große Unterschiede vor allem bei den Alterskohorten und bei der Unterteilung nach Schultypen zu verzeichnen. 44 Prozent der 10- bis 11-Jährigen sind dieser Ansicht, bei den 15- bis 17-Jährigen sind es 59 Prozent. Und während lediglich 46 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten dieser Aussage „voll und ganz“ zustimmen, sind es bei den Hauptschülerinnen und Hauptschülern 71 Prozent.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...



Kinder und Jugendliche

		Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet	(+3) 90	52	38	9	1
die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet	(+4) 26	9	17	39	35
viele Einkommen in Deutschland einfach zu gering sind	(+1) 94	58	36	6	
der Familienzusammenhalt in Deutschland zu gering ist	±0) 46	11	35	44	10
Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung	(+3) 89	42	47	9	2
von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt	(+4) 68	29	39	27	5

Frage 2: In Deutschland gibt es Kinder, die arm sind. Was sind Deiner Meinung nach dafür die Gründe? Bitte gib für jeden Grund an, ob er Deiner Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern:
Vergleich zum Kinderreport 2017 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Neben den geringen Einkommen (94 Prozent) wird Kinderarmut in Deutschland aus Sicht der Kinder und Jugendlichen außerdem dadurch begünstigt, dass das Thema von der Politik vernachlässigt wird: 90 Prozent sind der Ansicht, dass sich Politikerinnen und Politiker zu wenig um dieses Problem kümmern, das sind noch einmal 3 Prozent mehr als im letzten Kinderreport. Etwa ebenso viele Kinder und Jugendliche (89 Prozent) sehen eine zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden als ursächlichen Faktor für Kinderarmut in Deutschland an, ebenfalls ein Anstieg um 3 Prozent gegenüber dem Kinderreport 2017.

Gut zwei Drittel (68 Prozent) der 10- bis 17-Jährigen sehen Kinderarmut darin begründet, dass arme Kinder zu wenig unterstützt werden, um einen guten Bildungsabschluss und damit einen Beruf zu bekommen. Einen Zusammenhang zwischen zu geringem familiären Zusammenhalt und Kinderarmut sieht knapp die Hälfte der Kinder und Jugendlichen (46 Prozent). Dass wirtschaftliche Gründe eine zentrale Rolle spielen und sich Deutschland mehr Unterstützung für arme Kinder nicht leisten kann, glaubt lediglich ein Viertel (26 Prozent). 74 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind gegenteiliger Auffassung.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Erwachsene

		Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet	(-2) 73	41	32	21	4
die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet	(-5) 32	11	21	32	31
viele Einkommen in Deutschland einfach zu gering sind	(-3) 84	50	34	12	3
der Familienzusammenhalt in Deutschland zu gering ist	(-2) 52	18	34	35	9
Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung	(-1) 81	47	34	12	4
von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt	(-2) 78	47	31	16	5

Frage 2: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern:
Vergleich zum Kinderreport 2017 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Die Einschätzung der Erwachsenen ähnelt im Wesentlichen dem Meinungsbild der Kinder und Jugendlichen. Als wichtigster Faktor für Kinderarmut in Deutschland gilt auch unter Erwachsenen die Erwerbssituation: 84 Prozent erachten zu geringe Einkommen als entscheidend. Gut vier Fünftel (81 Prozent) halten es außerdem für zutreffend, dass eine unzureichende Unterstützung von Alleinerziehenden Kinderarmut begünstigt. Fehlende Bildungschancen für arme Kinder (78 Prozent) und ein unzureichendes Engagement der Politik (73 Prozent) beurteilen – trotz leichtem Rückgang seit dem letzten Kinderreport – immer noch deutliche Mehrheiten als wichtige Einflussfaktoren für Kinderarmut hierzulande. Gut die Hälfte (52 Prozent) der Erwachsenen sieht einen Zusammenhang zwischen fehlendem familiären Zusammenhalt und Kinderarmut. Dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet, glaubt hingegen nur eine Minderheit von 32 Prozent, hier sind 63 Prozent gegenteiliger Auffassung.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ... – Parteianhängerschaft

Erwachsene

... sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet	Unions-Anhänger	SPD-Anhänger	AfD-Anhänger	FDP-Anhänger	Linke-Anhänger	Grüne-Anhänger
Trifft voll und ganz zu	23	46	69	30	55	41
Trifft eher zu	38	38	13	37	28	31
Trifft eher nicht zu	31	14	7	28	13	24
Trifft ganz und gar nicht zu	5	2	11	4	3	2
... viele Einkommen in Deutschland einfach zu gering sind	Unions-Anhänger	SPD-Anhänger	AfD-Anhänger	FDP-Anhänger	Linke-Anhänger	Grüne-Anhänger
Trifft voll und ganz zu	43	56	60	43	56	50
Trifft eher zu	38	35	34	30	31	37
Trifft eher nicht zu	15	8	3	17	9	11
Trifft ganz und gar nicht zu	1	1	3	9	2	2

Frage 2: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Betrachtet man die Bewertung, dass sich die Politik zu wenig um das Problem Kinderarmut kümmert, entlang der Parteilager, so gibt es erwartungsgemäß große Unterschiede, insbesondere wenn nur die Aussage „Trifft voll und ganz zu“ als Grundlage genommen wird. Hier stimmen bei der AfD 69 Prozent und bei den Linken 55 Prozent dieser Aussage zu. Bei der SPD sind es immerhin noch 46 Prozent, bei den Grünen 41 Prozent. Im Lager der Anhängerinnen und Anhänger der FDP mit 30 Prozent und der Union mit 23 Prozent wird das anders gesehen.

Auch bei der Einschätzung, dass zu geringe Einkommen Ursache für Kinderarmut in Deutschland sind, lohnt der Blick auf die Werte der Parteianhängerinnen und -anhänger. Hier stimmen „voll und ganz“ 43 Prozent bei der Union und der FDP zu. Bei den Grünen sind es 50 Prozent, bei der SPD und der Linken 56 Prozent, sowie bei der AfD 60 Prozent.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ... – Parteianhängerschaft



Erwachsene

... Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung	Unions-Anhänger	SPD-Anhänger	AfD-Anhänger	FDP-Anhänger	Linke-Anhänger	Grüne-Anhänger
Trifft voll und ganz zu	41	51	46	43	66	53
Trifft eher zu	32	41	23	35	25	40
Trifft eher nicht zu	18	5	11	14	8	7
Trifft ganz und gar nicht zu	5	2	15	8		

... von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt	Unions-Anhänger	SPD-Anhänger	AfD-Anhänger	FDP-Anhänger	Linke-Anhänger	Grüne-Anhänger
Trifft voll und ganz zu	42	51	34	47	58	59
Trifft eher zu	30	34	32	27	31	26
Trifft eher nicht zu	20	13	24	25	10	12
Trifft ganz und gar nicht zu	1	2	10	1	1	2

Frage 2: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

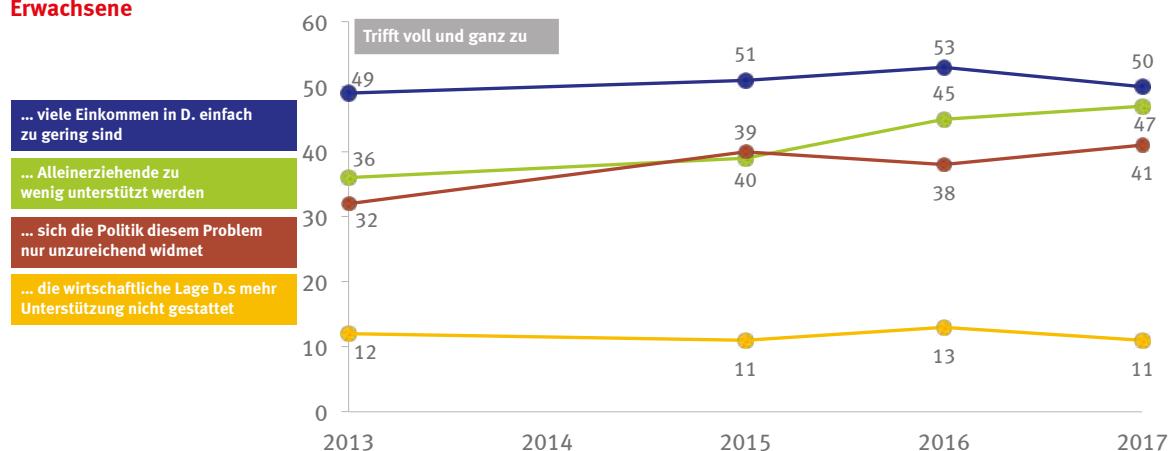
Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Die zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden, die insgesamt 47 Prozent der befragten Erwachsenen „voll und ganz“ für die Kinderarmut in Deutschland mitverantwortlich machen, wird bei den Parteianhängerinnen und -anhängern ebenfalls differenziert gesehen. 41 bzw. 43 Prozent bei der Union bzw. der FDP sehen das so, bei den Linken sind es hingegen 66 Prozent. Hier gibt es im Übrigen auch größere Unterschiede bei den Einschätzungen der Männer und Frauen (44 zu 50 Prozent).

Der Aussage, dass von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt, stimmen insgesamt ebenfalls 47 Prozent der befragten Erwachsenen „voll und ganz“ zu. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (55 zu 45 Prozent), entlang der Alterskohorten (32 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zu 55 Prozent der über 60-Jährigen) und bei der Differenzierung nach Haushaltsnettoeinkommen (63 Prozent derjenigen mit niedrigem Einkommen zu 42 Prozent derjenigen mit hohem Einkommen). Entlang der Parteisympathien liegen die Spannbreiten zwischen 34 Prozent bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD und 58 bzw. 59 Prozent bei den Linken bzw. den Grünen.

Erwachsene



Frage 2: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Betrachtet man die Frage zu den Gründen der Kinderarmut in Deutschland im Jahresvergleich von 2013 bis heute, so spiegelt sich die Stagnation in diesem Bereich (jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen und das seit vielen Jahren auf einem konstant hohen Niveau) in den Antworten der Erwachsenen wider. Die Zustimmungsraten („Trifft voll und ganz zu“) hinsichtlich zu geringer Einkommen (zunächst Anstieg von 49 auf 53 Prozent, jetzt ein geringer Rückgang auf 50 Prozent), hinsichtlich zu geringer Unterstützung von Alleinerziehenden (Anstieg von 36 auf zunächst 45 und aktuell 47 Prozent) und zu der Aussage, dass sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet (Anstieg von 32 über 38 auf 41 Prozent), sind ein deutlicher Hinweis auf eine weiterhin als kritisch wahrgenommene Vernachlässigung des Problems durch die Politik. Dahingegen ist die Einschätzung, dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung einkommensschwacher Familien mit Kindern nicht gestattet, auf einem konstant niedrigen Niveau.

Politische Schlussfolgerungen

Wie im Kinderreport 2017 wird hinsichtlich der Gründe für die Kinderarmut in Deutschland in der vorliegenden Umfrage von einer Mehrheit der befragten Kinder und Jugendlichen sowie der Erwachsenen auf strukturelle Defizite (geringe Einkommen, fehlende Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende, Bildungsungerechtigkeit) sowie einen unzureichenden Handlungswillen der Politik verwiesen. Interessant ist hierbei insbesondere der Vergleich über die letzten vier Jahre. Die jahresübergreifende Kongruenz der Ergebnisse unterstreicht den wachsenden politischen Handlungsdruck. So stimmen die Befragten über die Jahre hinweg mit zunehmendem Wert der Aussage zu, dass die Politik sich dem Problem unzureichend widmet. Dies sollte aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes einmal mehr als deutliches Zeichen an die Politik verstanden werden.

Als einer der Hauptgründe für die Kinderarmut in Deutschland werden auch in diesem Kinderreport die geringen Einkommen ausgemacht. Dem stimmen 94 Prozent der Kinder und Jugendlichen sowie 84 Prozent der Erwachsenen zu. Interessant ist, dass die Zustimmung zu dieser Aussage durch die Einführung des Mindestlohns im Jahr

2015 nicht spürbar beeinflusst wurde. Dies könnte zum einen daran liegen, dass der Mindestlohn, wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2016 zeigt, bei lediglich rund 48 Prozent des mittleren Lohns und damit unterhalb der durch die EU definierten Armutsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens liegt. Damit ist er niedriger, so die Studie, als in der Mehrheit der EU-Länder. Zum anderen könnte als Interpretation angeführt werden, dass der Mindestlohn nicht die Ursachen von Familienarmut beheben kann. Insbesondere Alleinerziehenden, die mit ihren Kindern überproportional von Armut betroffen sind, gelingt es oftmals nicht, in Vollzeit zu arbeiten. Entweder sind hierfür die infrastrukturellen Bedingungen, wie etwa die Kita-Öffnungszeiten, nicht ausreichend und/oder die Arbeitsmarktbedingungen lassen Eltern nicht genügend Flexibilität für die Kinderbetreuung und -erziehung, etwa durch vorgeschriebene lange Präsenzzeiten oder Schichtarbeit in den Morgen- und Abendstunden. Gerade in einer Ein-Eltern-Familie reicht ein anteiliges Einkommen jedoch meist nicht aus, um der Familie ein Leben über der Armutsschwelle zu ermöglichen.

Neben einem Arbeitsmarkt, der den Bedürfnissen der Familien besser gerecht wird, wie auch einer bedarfsgerechten Infrastruktur für die Betreuung von Kindern, bleibt selbstverständlich ebenso das Grundargument zu unterstreichen: Viele Tätigkeiten, insbesondere solche für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter überdurchschnittlich viele von Frauen ausgeübte Berufe, müssen besser bezahlt werden oder von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen stärker befreit werden. Weiterhin gilt es, das deutsche Steuersystem, das sich nach wie vor stark an der traditionellen Alleinverdiener-Ehe orientiert, stärker in die Richtung einer familien- bzw. kinderfördernden Perspektive weiterzuentwickeln. Ein erster Schritt hierzu wäre die Abschaffung oder zumindest eine grundlegende Reform des Ehegattensplittings, so fordert es seit geraumer Zeit unter anderem die OECD.

An dritter Stelle bei den befragten Kindern und Jugendlichen sowie zweiter Stelle bei den befragten Erwachsenen wird die geringe Unterstützung von Alleinerziehenden als Ursache für Kinderarmut genannt. Im Vergleich der letzten vier Jahre steigt die Zustimmung zu dieser Aussage stetig, um insgesamt 11 Prozentpunkte, an. Dieses Ergebnis unterstreicht die langjährigen Forderungen des Deutschen Kinderhilfswerkes, Ein-Eltern-Familien politisch endlich stärker in den Blick zu nehmen. Alleinerziehende sind in einer speziellen Situation. Da sie oft allein gleichzeitig für das Haushaltseinkommen sorgen müssen und für ihre Kinder verantwortlich sind, lastet auf ihnen ein besonderer Druck. Da ausreichend bezahlte Arbeit, wie oben bereits thematisiert, der beste Weg aus der Armut ist, braucht es flächendeckend Hilfen beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Weiterbildungsangebote und ein qualitativ hochwertiges Betreuungssystem in Schule und Kita mit flexiblen Öffnungszeiten.

Es gilt aber auch, bei den Anrechnungsregelungen und der Entbürokratisierung von Leistungen anzusetzen, da sich Alleinerziehende einem besonders komplizierten Geflecht staatlicher Leistungen und damit Anrechnungslogiken gegenüber sehen. Nach Erkenntnissen des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) kommt die im letzten Jahr beschlossene Ausweitung des Unterhaltsvorschusses bei vielen Alleinerziehenden und ihren Kindern dementsprechend nicht an bzw. führt im Einzelfall sogar dazu, dass alleinerziehende Eltern weniger Geld zur Verfügung haben als vorher. Eine existenzsichernde Leistung aus einer Hand, wie das Bündnis Kindergrund-sicherung, dem unter anderem das Deutsche Kinderhilfswerk angehört, sie fordert, würde dagegen Abhilfe schaffen und eine Existenzsicherung für alle Kinder garantieren.

Neben der letzten PISA-Studie, die zuvorderst die fehlende Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems im internationalen Vergleich konstatiert, enthält auch der Armuts- und Reichtumsbericht 2017 der Bundesregierung erschreckende Befunde. So bleibt der familiäre Hintergrund bis über die Schulpflicht hinaus prägend: „Jugendliche, deren Eltern beide nicht berufstätig sind, verlassen das Bildungssystem im Durchschnitt früher. Im fünften Jahr nach Ende der Schulpflicht wird jede und jeder Siebte von ihnen inaktiv, also weder in Ausbildung noch erwerbstätig sein. In der Vergleichsgruppe ist es nur jede und jeder Siebzehnte.“ Diese Erkenntnisse zeigen überdeutlich: Nach wie vor hängen in Deutschland die Zukunftschancen von Kindern sehr stark vom Elternhaus ab. Als Kind arm

zu sein, bedeutet häufig auch, als Erwachsener arm zu sein. Dieser problematischen Korrelation stimmen auch eine Mehrheit der Kindern und Jugendlichen wie Erwachsenen in der Umfrage zu diesem Kinderreport zu.

Ziel muss es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes sein, allen Kindern den Zugang zu Bildung chancengerecht und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern zu gewährleisten. Hierfür müssen dringend die Bildungsinstitutionen in Deutschland in ihrer Verantwortung gestärkt werden. Dafür braucht es ein bundeseinheitliches kostenloses Ganztags-Bildungssystem mit gut qualifiziertem Personal, das Kinder nach ihren individuellen Bedarfen fördert und nach oben hin durchlässig für alle Kinder ist.

Die frühkindliche Bildung hat in diesem Kontext als Ort für Präventivmaßnahmen eine besondere Bedeutung. Eine gute Bildung schon für kleine Kinder kann die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft fördern und herkunftsbedingte und soziale Unterschiede ausgleichen. Neben dem Ausbau der Quantität muss das Augenmerk deswegen auch auf die Qualität der Bildung gelegt werden. Notwendig sind dazu bundesweite Standards für die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung. Dazu zählen unter anderem ein anforderungsgerechter Personalschlüssel, pädagogisch funktionale Gruppengrößen, die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie ausreichende Zeit für Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit mit den Kindern.

Zudem ist die Verankerung von Mitbestimmung im Kita-Alltag von besonderer Bedeutung, da sie die Resilienz insbesondere armutsbetroffener Kinder stärkt. Wie der Kinderreport 2012 anhand einer wissenschaftlichen Untersuchung in Kitas darlegt, lernen Kinder im frühen Kindesalter durch Mitbestimmung, besser mit widrigen Umständen in ihrem Umfeld umgehen zu können. Die flächendeckende Realisierung von Mitbestimmung sowie die frühe Förderung demokratischer Kompetenzen in der Kita wie in der Schule sollten auch deshalb durch feste Beteiligungsstrukturen sowie wirksame und altersgerechte Beschwerdeverfahren und die flächendeckende Qualifizierung von pädagogischem Fachpersonal abgesichert werden.

Bekämpfung von Kinderarmut

Zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland gibt es zahlreiche Vorschläge für sozialpolitische Maßnahmen, die mehrdimensional an den verschiedenen Lebenslagen von Kindern ansetzen. Dazu gehören beispielsweise eine generelle Vereinfachung und Entbürokratisierung von Leistungen für Kinder, die Neuberechnung und Erhöhung der Regelsätze im Hartz-IV-Bezug, bessere Chancen im Bildungssystem oder eine bessere Unterstützung für Alleinerziehende und Mehrkeinfamilien. Neben der materiellen Absicherung junger Menschen wird auch die Schaffung bzw. Absicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen gefordert, die Kindern und Jugendlichen aus armen Familien gleiche Teilhabe- und Bildungschancen ermöglichen wie anderen Gleichaltrigen.

Bei der Frage, wie die Kinderarmut in Deutschland bekämpft werden sollte, fordert ein Großteil der Erwachsenen eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen. Als Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut werden vor allem gefordert, einkommensschwache Familien und deren Kinder mit Lehrmittelfreiheit (94 Prozent), kostenfreien Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung, Kultur und Sport (87 Prozent) sowie kostenlosen Ganztagsbetreuungen in Schulen und Kitas (87 Prozent) sowie kostenfreiem Essen in Schule und Kita (84 Prozent) zu unterstützen. In der Bevölkerung werden solche Maßnahmen der Kostenbefreiung als außerordentlich wichtig eingeschätzt. Sehr stark verbreitet ist auch die Forderung, in Schulen und Kitas mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (93 Prozent) einzusetzen, die sich um benachteiligte Kinder kümmern, ebenso wird mehr Beratung, zum Beispiel durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen (84 Prozent), als wichtig erachtet. Von Bevölkerungsmehrheiten werden außerdem eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (72 Prozent) und Erhöhungen des staatlichen Kindergeldes (72 Prozent) als wirksame Unterstützungen bewertet.

Bekämpfung von Kinderarmut



Erwachsene

		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Gar nicht wichtig
Kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen	(+6) 87	39	48	11	1
Kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule	(-2) 84	42	42	12	2
Kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule	(-3) 94	58	36	5	1
Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	(+5) 81	32	49	15	3
Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder	(+2) 72	28	44	21	3
Erhöhung des staatlichen Kindergeldes	(+10) 72	27	45	23	3
Kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas	(+3) 87	42	45	11	1
Mehr Fachkräften und Sozialarbeitern in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern	(-1) 93	53	40	5	1
Mehr Beratung, z.B. durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen	(-1) 84	37	47	13	1
Eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinder-Unterstützung in den Medien	(+0) 75	27	48	21	3

Frage 3: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen. Ich lese Ihnen nun einige Punkte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Maßnahme für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Wie ist das mit ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zur Studie Kinderarmut in Deutschland 2013 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Bemerkenswert ist, dass alle Unterstützungsmaßnahmen von Frauen stärker präferiert werden als von Männern. Dabei sind die Unterschiede, betrachtet man nur die Einschätzung „sehr wichtig“, teils erheblich: kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule (48 zu 35 Prozent), kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (64 zu 52 Prozent), Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit (39 zu 25 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (49 zu 35 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Schulen

und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (61 zu 46 Prozent), mehr Beratung, zum Beispiel durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen (42 zu 33 Prozent). Demgegenüber sind die Unterschiede bezüglich einer Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (30 zu 26 Prozent) und einer Erhöhung des Kindergeldes (29 zu 25 Prozent) deutlich geringer.

Bezogen auf die Umfrage aus dem Jahr 2013 sind vor allem bei der Erhöhung des Kindergeldes (plus 10 Prozent) und beim kostenlosen Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen (plus 6 Prozent) deutliche Steigerungen zu verzeichnen. Auch Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit werden von deutlich mehr Erwachsenen (plus 5 Prozent) präferiert.

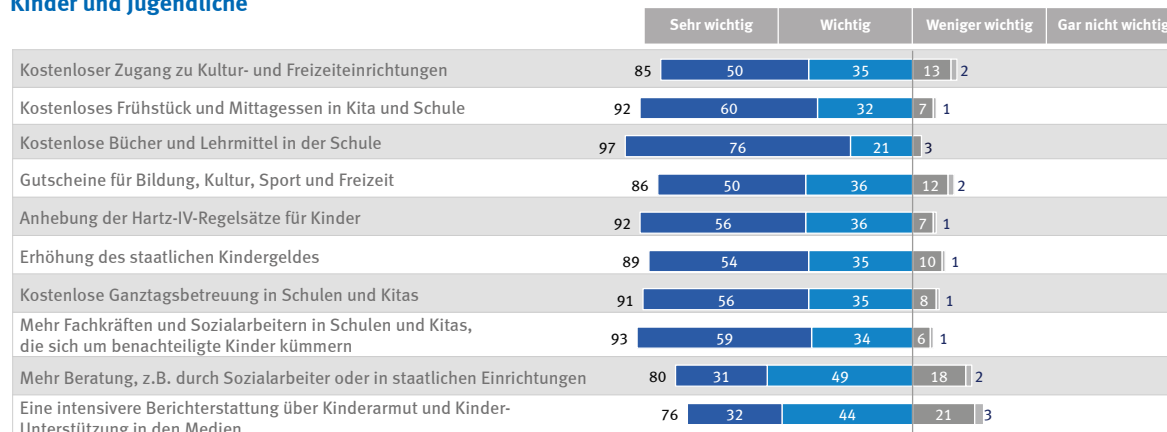
Wie nicht anders zu erwarten, sind die Meinungen in den Partei-Lagern sehr unterschiedlich. Exemplarisch werden nachfolgend die Bereiche Hartz-IV-Regelsätze und Kindergeld betrachtet, jeweils aufgeschlüsselt im Bereich „sehr wichtig“. Eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zur Unterstützung einkommensschwacher Familien finden 43 Prozent der Grünen-Anhängerinnen und Anhänger „sehr wichtig“, bei der Linken und der SPD sind es 36 bzw. 34 Prozent. AfD (28 Prozent) und Union (27 Prozent) bewegen sich genau bzw. in etwa im Bereich des Durchschnittswertes (28 Prozent), während bei der FDP nur 12 Prozent dieser Meinung sind.

Ein ähnliches Bild gibt es bei der Frage einer Erhöhung des Kindergeldes. Insgesamt halten 27 Prozent der Befragten das für „sehr wichtig“. Bei den Linken sind es 32 Prozent und bei den Grünen 28 Prozent, die SPD mit 27 Prozent und CDU/CSU mit 26 Prozent liegen nur knapp dahinter. Deutlich ist hingegen der Abstand zur AfD mit 16 Prozent und insbesondere zur FDP, wo nur 8 Prozent eine Erhöhung des Kindergeldes zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland befürworten.

Bekämpfung von Kinderarmut



Kinder und Jugendliche



Frage 3: Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Auch bei den befragten Kindern und Jugendlichen gibt es durchgehend sehr hohe Zustimmungswerte zu den einzelnen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Besonders favorisiert werden hier die Lehrmittelfreiheit (97 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent) sowie kostenfreies Essen in Schule und Kita (92 Prozent). Aber auch eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (92 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuungen in Schulen und Kitas (91 Prozent) und eine Erhöhung des Kindergeldes (89 Prozent) werden überdurchschnittlich oft befürwortet. Daneben werden Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit (86 Prozent) bzw. kostenfreie Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung, Kultur und Sport (85 Prozent) als wirksame mögliche Unterstützungen bewertet.

Außerdem soll an dieser Stelle auf die Parallele hingewiesen werden, dass mit Ausnahme der Maßnahmen eines kostenlosen Zugangs zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie eines kostenlosen Essens in Schule und Kita die anderen acht Unterstützungsmaßnahmen von Mädchen stärker mit „sehr wichtig“ präferiert werden als von Jungen. Und alle zehn Maßnahmen werden von Schülerinnen und Schülern in Ostdeutschland öfter mit „sehr wichtig“ eingestuft als von denen in Westdeutschland.

Bekämpfung von Kinderarmut – Gymnasium vs. Hauptschule I



Kinder und Jugendliche

auf dem Gymnasium		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Gar nicht wichtig
Kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen	84	49	35	14	2
Kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule	90	53	37	9	1
Kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule	98	74	24	2	
Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	82	46	36	15	3
Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder	90	56	34	8	2
auf der Hauptschule					
Kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen	91	54	37	9	
Kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule	94	77	17	6	
Kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule	94	86	8	6	
Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	97	66	31	3	
Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder	89	69	20	11	

Frage 3: Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Bemerkenswert ist, dass alle Unterstützungsmaßnahmen von Schülerinnen und Schülern, die eine Hauptschule besuchen, stärker als „sehr wichtig“ angesehen werden als von denen der Gymnasien. Dabei sind die Unterschiede teils erheblich: kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen (54 zu 49 Prozent), kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule (77 zu 53 Prozent), kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (86 zu 74 Prozent), Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit (66 zu 46 Prozent), Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (69 zu 56 Prozent).

Bekämpfung von Kinderarmut – Gymnasium vs. Hauptschule II

Kinder und Jugendliche

auf dem Gymnasium		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Gar nicht wichtig
Erhöhung des staatlichen Kindergeldes	88	48	40	11	1
Kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas	91	52	39	8	1
Mehr Fachkräften und Sozialarbeitern in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern	92	57	35	7	1
Mehr Beratung, z.B. durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen	78	27	51	20	2
Eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien	73	30	43	22	5
auf der Hauptschule					
Erhöhung des staatlichen Kindergeldes	83	72	11	14	3
Kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas	100	71	29		
Mehr Fachkräften und Sozialarbeitern in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern	94	66	28	6	
Mehr Beratung, z.B. durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen	91	51	40	6	3
Eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien	86	52	34	14	

Frage 3: Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Dieses Bild setzt sich auch bei den anderen abgefragten Unterstützungsmaßnahmen fort: Erhöhung des Kindergeldes (72 zu 48 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (71 zu 52 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (66 zu 57 Prozent), mehr Beratung, zum Beispiel durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen (51 zu 27 Prozent), mehr Berichterstattung in den Medien über Kinderarmut und Kinderunterstützung (52 zu 30 Prozent).

Bekämpfung von Kinderarmut

	Kinder und Jugendliche	Erwachsene	Sehr wichtig
Kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen	50	39 (+6)	
Kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule	60	42 (±0)	
Kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule	76	58 (-3)	
Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	50	32 (+1)	
Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder	56	28 (+2)	
Erhöhung des staatlichen Kindergeldes	54	27 (+6)	
Kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas	56	42 (-1)	
Mehr Fachkräften und Sozialarbeitern in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern	59	53 (-2)	
Mehr Beratung, z.B. durch Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen	31	37 (±0)	
Eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien	32	27 (-5)	

Frage 3: Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge?/Frage 3: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen. Ich lese Ihnen nun einige Punkte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Maßnahme für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Wie ist das mit ...

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zur Studie Kinderarmut in Deutschland 2013/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Schließlich soll bei der Frage der Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland ein direkter Vergleich der Antworten im Bereich „sehr wichtig“ zwischen den befragten Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden. Hier wird deutlich, dass bis auf ein Mehr an Beratung beispielsweise durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder in staatlichen Einrichtungen, die von den Erwachsenen mehrheitlich präferiert wird (37 zu 31 Prozent), die Zustimmungswerte bei allen anderen Maßnahmen bei den Kindern und Jugendlichen höher liegen, und das teils deutlich. Die größten Unterschiede sind hier bei höheren Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder (56 zu 28 Prozent) und bei einer Erhöhung des Kindergeldes (54 zu 27 Prozent) zu verzeichnen. Aber auch beim kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule, kostenlosen Büchern und Lehrmitteln in der Schule sowie bei Gutscheinen für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit ist der Unterschied mit jeweils 18 Prozentpunkten sehr groß.

Politische Schlussfolgerungen

Die fachliche Diskussion um das Zusammenspiel aus materieller Absicherung und guten infrastrukturellen Bedingungen zur Bekämpfung von Kinderarmut bzw. der Bekämpfung der Folgen von Armutsbetroffenheit bei Kindern ist alt. Dennoch werden die beiden Faktoren politisch immer wieder gegeneinander ausgespielt. Wissenschaftlich bewiesen ist: Familien und insbesondere Kinder leiden unter dem Stress und der Erfahrung fehlender materieller Ressourcen. Eine Gewährleistung der Existenzsicherung – wenn Eltern dies nicht selbst können – durch entsprechende finanzielle Transfers ist bei der Armutsbekämpfung essentiell. Nicht nur die Grundversorgung muss dabei gewährleistet sein, so urteilte 2010 das Bundesverfassungsgericht, sondern ein menschenwürdiges Existenzminimum, das ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasst. Dafür ist ebenso das Lebensumfeld von Kindern entscheidend. Hier muss durch entsprechende qualitativ hochwertige Infrastrukturen und damit der Sicherstellung von entsprechenden kindlichen Entwicklungsbedingungen angesetzt werden, um Kindern die Chance zu geben, sich bestmöglich zu entfalten, herkunftsbedingte Unterschiede auszugleichen und den Armutskreislauf zu durchbrechen. Denn Armut bleibt ein zentraler Risikofaktor in Bezug auf ein gutes und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Nicht zuletzt sichert auch die UN-Kinderrechtskonvention allen Kindern ein gesundes Aufwachsen ohne Armut zu.

Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes gilt es in erster Linie, Armut vor allem dadurch zu vermeiden, dass entsprechende arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen für Familien in ihren vielfältigen Konstellationen geschaffen und Eltern in die Lage versetzt werden, die ökonomische Existenz ihrer Familie durch Erwerbsarbeit zu bestreiten. Dies wurde im vorangehenden Abschnitt bereits eingehender thematisiert.

Darüber hinaus muss der Staat Kinder materiell absichern, wenn ihre Eltern dies nicht können und ihre Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten. Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche der gescheiterten Jamaika-Koalition Ende letzten Jahres weisen aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes an einigen Stellen in die richtige Richtung. Die Vorschläge sahen unter anderem eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro bei entsprechender Erhöhung des Kinderfreibetrages und eine Zusammenführung von Kinderzuschlag und Kindergeld bei Erhöhung auf das sächliche Existenzminimum vor. Eine entsprechende Reform des Kindergeldes käme auch den Kindern an der unteren SGB-II-Einkommensgrenze zugute und könnte – anders als die Erhöhung um 2 Euro zu Beginn 2018 – eine kleine Unterstützung bieten. Eine Erhöhung des Kindergeldes wird auch von der Mehrheit der Befragten als positiv bewertet. Dies deckt sich mit der großen Beliebtheit der Leistung insgesamt, die auch die von der Bundesregierung vorgelegte Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen ergeben hat. Nicht zuletzt ist dies auf die Einfachheit der Leistung zurückzuführen. Zu kritisieren ist bei dem Vorschlag aus der Sondierung jedoch, dass durch eine gleichzeitige Erhöhung der Kinderfreibeträge die Lücke zwischen Kindergeld und Kinderfreibeträgen nicht geschlossen wird, somit Höherverdienende deutlich stärker profitieren und Familien im Hartz-IV-Bezug leer ausgehen, da das Kindergeld verrechnet wird. Auch wenn eine breite Gruppe von Kindern davon profitieren würde, wäre angesichts begrenzter staatlicher Haushaltsressourcen diese Maßnahme zur Bekämpfung der Kinderarmut nicht zielgenau.

Die Zusammenführung von Kindergeld und Kinderzuschlag bei gleichzeitiger Anhebung der Kombileistung ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein sinnvoller erster Schritt zur Vereinfachung des Systems wie auch in Richtung einer Kindergrundsicherung. Studien zeigen, dass insbesondere der Kinderzuschlag anspruchsberechtigte Familien viel zu selten erreicht. Eine automatische Auszahlung mit dem Kindergeld würde dies beheben. Wünschenswert wäre an dieser Stelle zudem, die Familienkassen stärker zu zentralen Informations- und Anlaufstellen vor Ort weiterzuentwickeln, um Familien über den Anspruch auf Leistungen zu beraten. Denkbar wäre auch, eine andere Institution mit dieser Aufgabe zu betrauen, die Jobcenter erscheinen jedoch dafür aufgrund ihrer stigmatisierenden Wirkung und eingeschränkten Kompetenzen als ungeeignet.

Weiterhin gilt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes – an dieser Stelle hatten die Sondierungsgespräche kein Ergebnis erzielt – die Kinderregelsätze möglichst zügig auf ein armutsfestes Niveau anzuheben. Denn Kinder, die mit ihren Familien in Hartz IV leben, profitieren wie oben ausgeführt weder von Kindergeld, Kinderfreibeträgen, noch vom Kinderzuschlag. Perspektivisch setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk daher für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein, die das Existenzminimum von Kindern unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familie, der Familienform und dem bisherigen Unterstützungssystem gewährleistet.

Die Umfrageergebnisse machen darüber hinaus auch den deutlichen infrastrukturellen Unterstützungsbedarf der von Armut betroffenen Kinder aus Sicht der Befragten deutlich. Viele der abgefragten Leistungen werden derzeit über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) abgedeckt. Der im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellte Endbericht zur Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe aus dem Jahr 2016 belegt jedoch eindeutig, dass das BuT in seiner jetzigen Ausgestaltung gescheitert ist und eine Teilhabe armer Kinder an unserer Gesellschaft nicht ausreichend gewährleisten kann.

Eine Ausgestaltung der Infrastruktur vor Ort – etwa Zugänge zu Sport- und Musikvereinen, Schwimmbädern, Kultureinrichtungen oder Spielmöglichkeiten im direkten Umfeld – liegen in den Zuständigkeiten der Kommunen. Hier spielt sich das Leben von Kindern ab. Während viele Kommunen sich, trotz klammer Haushalte, bereits über die Umsetzung sogenannter kommunaler Präventionsketten auf den Weg gemacht haben, Ressourcen und Akteure vor Ort besser zu verzahnen, weist die Bundesebene allzu oft die Zuständigkeit beim Thema Kinderarmut von sich. Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich deshalb dafür ein, ein Bundeskinderteilhabegesetz (BKThG) zu schaffen, das Kindern und Heranwachsenden aus Familien in prekären Lebenslagen einen besonderen Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe gibt, bundeseinheitliche Standards setzt und Fachgesetze für mehr Teilhabe und effektive Armutsprävention systematisch ändert und ergänzt. Das Gesetz sieht eine flächendeckende Ausgestaltung präventiver Netzwerke, ähnlich der mit dem Bundeskinderschutzgesetz geschaffenen Strukturen vor, sowie einen Bundesfonds zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen. Es stärkt somit die Verantwortung des Bundes, setzt aber gleichzeitig im direkten Lebensumfeld von Kindern an.

Mitentscheidend für die Entwicklung und die Lebensbedingungen von Kindern ist die Qualität des Bildungssystems. Grundlegende Voraussetzungen für ein solches System, das in der Lage ist seine Verantwortung wahrzunehmen, wurden in den Folgerungen zur vorangehenden Frage ausführlich erläutert. Zentral ist es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes, auch hier die finanzielle Verantwortlichkeit zu stärken. Daher sollten direkte Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes, insbesondere bei Bildungsausgaben, durch eine Erweiterung des Artikel 104b Grundgesetz auf Dienst- und Sachleistungen auch in Bereichen, in denen der Bund keine Gesetzgebungskompetenz hat, ermöglicht werden. Darüber hinaus gilt es, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der allgemeinen Bildung vollständig abzuschaffen und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b Grundgesetz zu verankern.

93 Prozent der Kinder und Jugendlichen wie auch der Erwachsenen sprechen sich in der Umfrage für mehr Fachkräfte sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Schule und Kita aus. Insbesondere die Schulsozialarbeit ist maßgeblich in der Lage, Präventionsketten vor Ort zu stärken, Brüche im Übergang von der Kita, zur weiterführenden Schule oder in die Ausbildung zu vermeiden, insgesamt die individuelle und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu befördern sowie deren Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer in Erziehungsaufgaben zu unterstützen. Aktuell fußt die Schulsozialarbeit jedoch stark auf projektabhängiger Finanzierung und ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ausgebaut. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert daher, ein Sofortprogramm mit jeweils 1.000 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern für Grundschulen und die Sekundarstufe I aufzulegen sowie perspektivisch die gesetzliche Verankerung und finanzielle Absicherung der Schulsozialarbeit durch den Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen anzustreben.

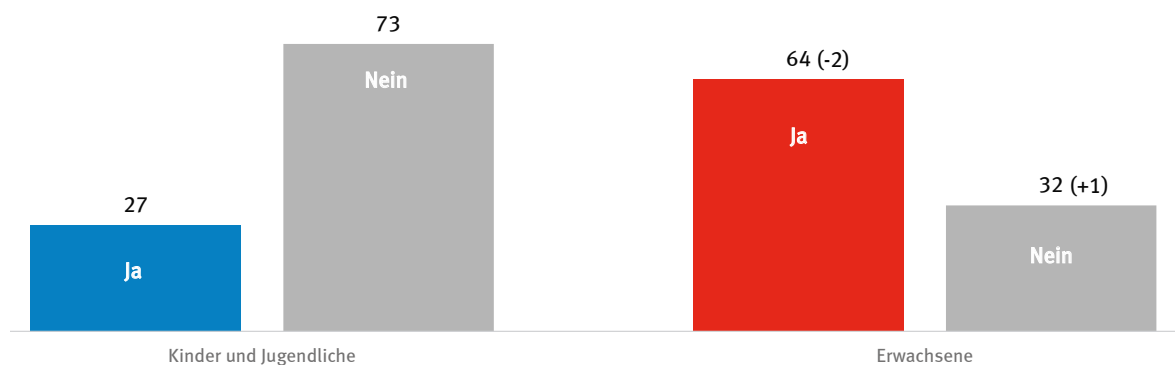
Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut

Das Erheben von Steuern und insbesondere Steuererhöhungen sind seit jeher eine der unpopulärsten Maßnahmen, die Regierungen treffen können. Steuererhöhungen haben im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte immer wieder die Gemüter insbesondere der Wählerinnen und Wähler erhitzt. Fragen höherer oder niedrigerer Steuern haben Wahlkämpfe entschieden und an Steuerfragen sind Regierungen zerbrochen.

Auch wenn Steuern als öffentlich-rechtliche Abgaben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen, und damit im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen nicht aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden, wurde im Rahmen des Kinderreports die – damit eher fiktive – Bereitschaft abgefragt, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft zu höheren Steuerzahlungen mit immerhin 64 Prozent der befragten Erwachsenen durchaus ausgeprägt ist. Damit liegt diese Zustimmungsrate nur knapp unter dem Niveau der Befragung aus dem Jahr 2013, als 66 Prozent diese Frage bejahten.

Steuererhöhung



Frage 4: Erwachsene müssen Geld an den Staat zahlen, damit dieser wichtige Aufgaben erfüllen kann. Das nennt man Steuern. Sollten diese Steuern erhöht werden, damit der Staat Kinderarmut besser bekämpfen kann?/Frage 4: Wären Sie bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zur Studie Kinderarmut in Deutschland 2013/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Entlang des Konzeptes für den Kinderreport 2018 wurde die Frage nach der Befürwortung oder Ablehnung möglicher Steuererhöhungen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland sprachlich angepasst auch den Kindern und Jugendlichen gestellt, um einen Vergleich zur Antwort der Erwachsenen herstellen zu können. Hier lautete die Frage: „Erwachsene müssen Geld an den Staat zahlen, damit dieser wichtige Aufgaben erfüllen kann. Das nennt man Steuern. Sollten diese Steuern erhöht werden, damit der Staat Kinderarmut besser bekämpfen kann?“

Das Ergebnis weicht deutlich von dem der Erwachsenen ab: Eine Steuererhöhung wird von einer Mehrheit der Kinder und Jugendlichen abgelehnt, während sie von den Erwachsenen überwiegend befürwortet wird. Diese stark gegenläufigen Befunde legen die Schlussfolgerung nahe, dass die Frage von den befragten Kindern und Jugendlichen anders interpretiert wurde als von den Erwachsenen. Entsprechend hält das Ergebnis einem inhaltlichen Vergleich nicht stand. Möglicherweise sind Kinder und Jugendliche mit dem Konzept von Steuern noch nicht hinreichend vertraut.

Daher fällt es ihnen vermutlich schwer, sich vorzustellen, was eine Steuererhöhung konkret für ihre Eltern bedeutet, sodass sie Steuererhöhungen wegen der mangelnden Greifbarkeit eher ablehnen. Die Ergebnisse wären aber nur dann sinnvoll vergleichbar, wenn beide Befragtengruppen die Konsequenzen einer Steuererhöhung in ähnlicher Weise verstehen.

Steuererhöhung – Haushaltsnettoeinkommen und Altersgruppen



Erwachsene

Haushaltsnettoeinkommen		Ja	Nein
Unter 1.500 €	(+9)	68	28 (-7)
1.500 bis 3.000 €	(-8)	60	35 (+4)
3.000 € und mehr	(-1)	70	28 (±0)
Altersgruppen			
18-29 Jahre	(+12)	84	15 (-9)
30-44 Jahre	(-6)	67	32 (+5)
45-59 Jahre	(-4)	62	34 (+1)
60 Jahre und älter	(-2)	57	36 (+1)

Frage 4: Wären Sie bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte?

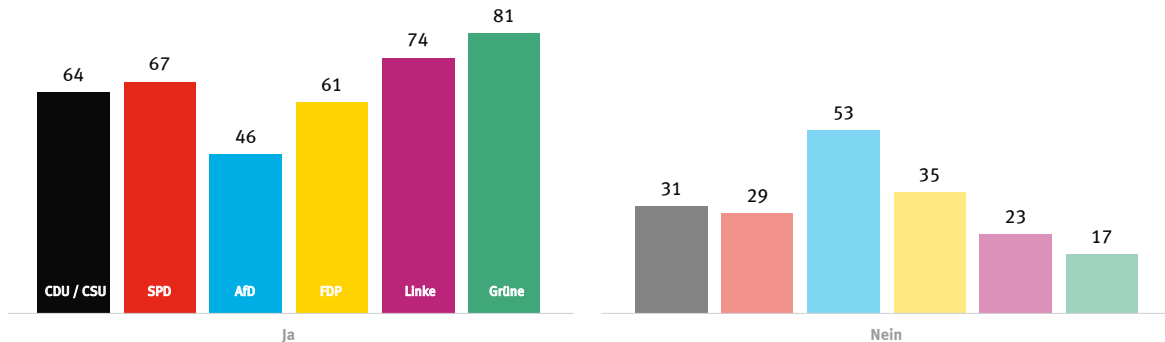
Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zur Studie Kinderarmut in Deutschland 2013 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Bei der Betrachtung einzelner Teilgruppen der befragten Erwachsenen treten zahlreiche Unterschiede zutage. So sind Eltern mit Kindern unter 14 Jahren im Haushalt wesentlich eher zur Zahlung höherer Steuern bereit als die übrigen Befragten (71 zu 62 Prozent). Auch die Einwohnerinnen und Einwohner kleiner Dörfer sind zahlreicher dazu bereit als die in Großstädten (73 zu 65 Prozent). Bei den befragten Männern und Frauen ist das Verhältnis hingegen fast ausgeglichen (66 zu 63 Prozent), ebenso in West- bzw. Ostdeutschland (65 zu 61 Prozent).

Größere Unterschiede gibt es bei dieser Frage hinsichtlich der Einkommenssituation. So sind Befragte mit hohem Einkommen wesentlich häufiger zur Zahlung höherer Steuern bereit (70 Prozent) als die mit niedrigem Einkommen (68 Prozent) und vor allem diejenigen mit einem mittleren Einkommen (60 Prozent). Hinsichtlich der Befragung aus dem Jahr 2013 haben sich hier deutliche Verschiebungen ergeben. Das gilt auch bei der Betrachtung der Alterskohorten, hier stehen vor allem die Jüngeren Steuererhöhungen positiv gegenüber: Bei den 18- bis 29-Jährigen sind es 84 Prozent (immerhin ein Anstieg von 12 Prozent gegenüber 2013), bei den 30- bis 44-Jährigen 67 Prozent, bei den 45- bis 59-Jährigen 62 Prozent und bei den über 60-Jährigen nur noch 57 Prozent.

Erwachsene



Frage 4: Wären Sie bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC®

Die deutlichsten Unterschiede gibt es bei den Zustimmungsraten entlang der politischen Lager. Dabei variiert die Zustimmung zwischen 81 Prozent bzw. 74 Prozent bei den Grünen- und Linken-Anhängerinnen und -Anhängern, 67 Prozent bzw. 64 Prozent bei denen der SPD und der Union bis hin zu 61 Prozent bei der FDP. Am geringsten ist die Zustimmung bei der AfD, bei ihr sind als einziger im Bundestag vertretener Partei die Anhängerinnen und Anhänger mehrheitlich gegen entsprechende Steuererhöhungen (46 zu 53 Prozent).

Politische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutlich, dass das häufig vorgetragene Spar-Argument der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zumindest in Bezug auf kinderarmutsvermeidende Maßnahmen nicht trägt. Es gibt ganz im Gegenteil eine hohe Bereitschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Kinderarmut in Deutschland durch eine Steuererhöhung zu begegnen. Davon ausgehend gilt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes zwei Blickweisen stärker zu beachten.

Zum einen: Politische Reformen und insbesondere solche mit hohen Mehrausgaben legen derzeit viel zu selten ihren Fokus auf armutsgefährdete Gruppen. Insbesondere von steuerbezogenen Leistungen, die progressiv ausgestaltet sind, profitieren jene, die sowieso schon mehr haben. Es gilt dementsprechend bei der Armutsbekämpfung ganz besonders die Zielgenauigkeit der Leistungen mit zu bedenken und laufend zu überprüfen. Dass die im Auftrag der Bundesregierung vorgelegte Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen die Kinderarmut nur am Rande als ein Ziel mit behandelt hat, ist in diesem Sinne eine vertane Chance.

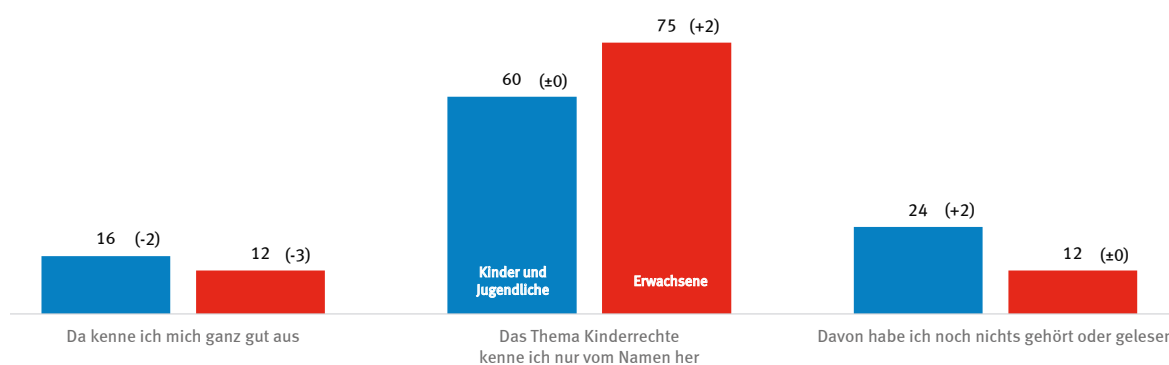
Zum anderen: Die Bedeutung des Themas Kinderarmut insgesamt sollte politisch deutlich gesteigert werden. Dazu legitimieren nicht zuletzt die deutlichen Aussagen der beiden ersten Fragen zur Einschätzung der politischen Aktivitäten. Während die Diskussionen um Rentenerhöhungen oftmals die tagespolitische Debatte bestimmen, sind Maßnahmen gegen Kinderarmut selten Gegenstand von gesellschaftlichen Diskussionen – auch wenn sich erfreulicherweise der zurückliegende Bundestagswahlkampf des Themas stärker angenommen hat als noch vor vier Jahren. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass die jetzt aufwachsenden Kinder diejenigen sind, die unsere Gesellschaft in der Zukunft gestalten werden.

Nicht zu vernachlässigen ist bei der Diskussion sicher die Komplexität der Ursachen für Kinderarmut, der Wechselwirkungen zwischen Leistungen und der über das föderale System hinweg verteilten Zuständigkeiten. Daher sei auch an dieser Stelle aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Notwendigkeit eines Bundesweiten Aktionsplans betont. Um Teilhabe- und Verwirklichungschancen von bedürftigen Heranwachsenden strukturell zu verbessern, gilt es, die präventiven Angebote auf den verschiedenen Ebenen miteinander zu verzahnen und als Ganzes zu denken. Dafür ist eine Gesamtstrategie des Bundesgesetzgebers notwendig, die eine Entwicklung der Infrastruktur genauso wie eine zuverlässige materielle Absicherung der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Auge hat. Bei einer solchen strategischen Herangehensweise können Maßnahmen besser greifen und ungewollte Wechselwirkungen stärker vermieden werden – Steuergelder somit sinnvoller investiert werden. Insbesondere im infrastrukturellen Bereich muss darüber hinaus eine nachhaltige Unterstützung der Kommunen als Orte, an denen armutsgefährdete junge Menschen unmittelbar erreicht werden, durch den Bund gewährleistet werden.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland

Neben dem Schwerpunktthema Kinderarmut nimmt der Kinderreport 2018 dieses Jahr zwei weitere Hauptaspekte in Bezug auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in den Blick. Der erste Aspekt ist die Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention. Obwohl die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland bereits 1992 mit Vorbehalten und schließlich 2010 vorbehaltlos ratifiziert wurde, bestehen in Deutschland nach wie vor gravierende Bekanntheitsdefizite. Dabei hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention nach Artikel 42 als Vertragsstaat auch dazu verpflichtet, „die Grundsätze und Bestimmungen dieses Übereinkommens durch geeignete und wirksame Maßnahmen bei Erwachsenen und auch bei Kindern allgemein bekannt zu machen“.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention



Frage 5: Weißt du, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer Vereinbarung vieler Länder der Erde festgelegt sind (diese Vereinbarung heißt „UN-Kinderrechtskonvention“)? Welche Antwort trifft auf Dich zu? / Frage 5: Ist Ihnen bekannt, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind? Welche der folgenden Antworten trifft auf Sie persönlich zu?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/
Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Seit dem Kinderreport 2017 haben die Bekanntheitsdefizite sogar zugenommen. Nur noch 12 Prozent der befragten Erwachsenen, und damit 3 Prozent weniger als im letzten Jahr, kennen sich mit den in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechten gut aus. Eine große Mehrheit der Erwachsenen kennt Kinderrechte nach eigenen Angaben nur dem Namen nach (75 Prozent). Das sind 2 Prozent mehr als im letzten Kinderreport, gleichzeitig ist der Wert der Befragten, die überhaupt nichts von der UN-Kinderrechtskonvention gehört oder gelesen haben, mit 12 Prozent gleich geblieben.

Bei den Kindern und Jugendlichen und damit den Betroffenen selbst sind die Werte ebenfalls zurückgegangen. Nur noch 16 Prozent und damit 2 Prozent weniger als im letzten Jahr kennen sich mit den Kinderrechten gut aus, 60 Prozent (unverändert zu 2017) kennen Kinderrechte nur vom Namen her. Und der Anteil derjenigen, die noch nichts von Kinderrechten gehört haben, ist von 22 auf 24 Prozent gestiegen.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention: Altersgruppen

Kinder und Jugendliche

	Kenne mich damit gut aus	Kenne ich vom Namen her	Habe noch nichts darüber gehört
10-11 Jahre	(-4) 66 16	50	34
12-14 Jahre	(-2) 77 14	63	23
15-17 Jahre	(-1) 85 16	69	15

Erwachsene

18-29 Jahre	(-4) 80 13	67	20
30-44 Jahre	(-4) 86 9	77	13
45-59 Jahre	(-2) 89 10	79	9
60 Jahre und älter	(+1) 87 14	73	11

Frage 5: Weißt du, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer Vereinbarung vieler Länder der Erde festgelegt sind (diese Vereinbarung heißt „UN-Kinderrechtskonvention“)? Welche Antwort trifft auf Dich zu?/Frage 5: Ist Ihnen bekannt, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind? Welche der folgenden Antworten trifft auf Sie persönlich zu?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/
Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Ein Blick auf die Alterskohorten zeigt, dass der Anteil derer, die noch nie von Kinderrechten gehört haben, unter jüngeren Kindern im Alter von 10 und 11 Jahren besonders hoch ist (34 Prozent) und in zunehmendem Alter stetig abnimmt (über 23 auf 15 Prozent bei den 15- bis 17-Jährigen). Gleichzeitig ist die Zahl derer, die sich gut mit der UN-Kinderrechtskonvention auskennen auf einem fast gleichbleibenden niedrigen Niveau. Während 16 Prozent der 10- bis 11-Jährigen und 14 Prozent der 12- bis 14-Jährigen sich gut mit Kinderrechten auskennen, sagen dies ebenfalls 16 Prozent der 15- bis 17-Jährigen.

Bei den Erwachsenen ist eine Wellenbildung zu verzeichnen. Hier fällt der Wert derer, die sich gut mit Kinderrechten auskennen, von 13 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen auf 9 Prozent bei den 30- bis 44-Jährigen, um dann von 10 Prozent bei den 45- bis 59-Jährigen bis auf 14 Prozent bei den über 60-Jährigen zu steigen.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention – Schultypen und Ortsgrößen

Kinder und Jugendliche

	Kenne mich damit gut aus	Kenne ich vom Namen her	Habe noch nichts darüber gehört
Grundschule	(+5) 63 19	44	37
Hauptschule	(-11) 74 8	66	26
Realschule	(+1) 78 11	67	22
Gymnasium	(-7) 77 19	58	23
Gesamtschule	(+8) 83 16	67	17
Andere Schule	(-2) 68 6	62	32

Kleinere Gemeinden (< 5.000 Einwohner)	(+5) 77 11	66	23
Städte und größere Gemeinden	(-3) 74 14	60	26
Großstädte (> 100.000 Einwohner)	(-4) 79 20	59	21

Frage 5: Weißt du, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer Vereinbarung vieler Länder der Erde festgelegt sind (diese Vereinbarung heißt „UN-Kinderrechtskonvention“)? Welche Antwort trifft auf dich zu?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren/Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Große Unterschiede bestehen bei der Aussage der Kinder und Jugendlichen, dass sie sich mit Kinderrechten gut auskennen, hinsichtlich der Differenzierung nach Schultypen: Die höchsten Werte sind aktuell bei Schülerinnen und Schülern an Gymnasien (19 Prozent), Grundschulen (19 Prozent) sowie Gesamtschulen (16 Prozent) zu verzeichnen, deutlich geringer sind die Werte mit 11 Prozent an Realschulen sowie 8 Prozent an Hauptschulen. Hier wird zu beobachten sein, ob die teils kräftigen Veränderungen zum Vorjahr einen Trend kennzeichnen und sich fortsetzen. Das gilt auch für die Teilergebnisse hinsichtlich der Ortsgrößen.

Beachtenswert ist zudem, dass wie in den Vorjahren Mädchen/Frauen in Sachen Kinderrechte einen leichten Wissensvorsprung gegenüber Jungen/Männern haben. So gaben 17 Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen an, sich gut mit Kinderrechten auszukennen. Bei den Frauen sind das 13 Prozent, und bei den Männern nur noch 11 Prozent.

Beim Vergleich der Werte der Kinder und Jugendlichen auf der einen und der Erwachsenen auf der anderen Seite zeigt sich wie in den Vorjahren ein erstaunlicher Unterschied im Ost-/West-Vergleich. Während in den westlichen Bundesländern sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Erwachsenen zu fast gleichen Einschätzungen kommen (14 zu 12 Prozent), liegen die Werte in den östlichen Bundesländern weit auseinander (20 zu 10 Prozent). Hier kennen Kinder (im Verhältnis zu Erwachsenen) die UN-Kinderrechtskonvention also weiterhin deutlich besser als in westlichen Bundesländern.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention – Eltern mit Kindern unter 14 Jahren, Schulabschluss und Ortsgröße



Erwachsene		Kenne mich damit gut aus	Kenne ich vom Namen her	Habe noch nichts darüber gehört
Mit Kindern unter 14 Jahren im HH	(-3) 88	10	78	11
Keine Kinder unter 14 Jahren im HH	(-1) 86	12	74	12
Niedrige Bildung	(+7) 86	8	78	12
Mittlere Bildung	(-7) 84	9	75	15
Höhere Bildung	(+1) 93	21	72	7
Kleinere Gemeinden (< 5.000 Einwohner)	(-4) 82	5	77	16
Städte und größere Gemeinden	(-1) 87	12	75	12
Großstädte (> 100.000 Einwohner)	(+1) 89	16	73	10

Frage 5: Ist Ihnen bekannt, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind?
Welche der folgenden Antworten trifft auf Sie persönlich zu?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Überraschend ist, dass der Anteil derer, die mit den Kinderrechten nach eigenen Angaben gut vertraut sind, bei Eltern mit Kindern unter 14 Jahren (10 Prozent) aktuell sehr niedrig ist. Dahingegen ist diese Zahl bei Personen mit formal höherer Bildung (21 Prozent) weiterhin sehr hoch. Bei Menschen mit niedriger Bildung sagen lediglich 8 Prozent, dass sie sich mit den Kinderrechten gut auskennen. Starke Unterschiede gibt es wie in den Vorjahren auch hinsichtlich der Ortsgröße: So ist die UN-Kinderrechtskonvention in Großstädten (16 Prozent) wesentlich bekannter als in kleineren Kommunen (5 Prozent).

Interessant ist an dieser Stelle auch wieder der Blick auf die Parteipräferenzen. So kennen sich 23 Prozent der Grünen-Anhängerinnen und -Anhänger nach eigenen Angaben gut mit Kinderrechten aus. Bei den Linken sind es 19 Prozent, bei der SPD 16 Prozent, bei der FDP 14 Prozent und bei der Union 13 Prozent. Bei der AfD sind es lediglich 11 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger, die sich gut mit Kinderrechten auskennen.

Politische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Befragung reihen sich nahtlos in das bereits in den Kinderreporten 2015 bis 2017 festgestellte große Bekanntheitsdefizit der Kinderrechte in Deutschland ein. Auch jetzt gibt eine Mehrheit der Befragten an, die Kinderrechte nur dem Namen nach oder gar nicht zu kennen. Bei den Kindern sagen dies 84 Prozent, bei den Erwachsenen 87 Prozent. Damit hat in beiden Gruppen die Bekanntheit im Vergleich zum Kinderreport 2017 abgenommen.

Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes machen die Ergebnisse erneut deutlich: Mehr als 25 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland ist die Kenntnis der Kinderrechte leider noch lange keine Selbstverständlichkeit. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund besorgniserregend, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen und verstehen müssen, um diese einfordern und durchsetzen zu können. Gleichzeitig gibt die Unwissenheit auch Aufschluss über die fehlende politische Prioritätensetzung für eine bessere Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland. Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention hat sich die Bundesregierung verpflichtet, eine umfassende Aufklärungs- und Informationspolitik umzusetzen. Dies gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene, die in der Regel diejenigen sind, die Kindern ihre Rechte verwehren bzw. nicht genug dafür tun, dass ihre Rechte verwirklicht werden.

Ziel muss es sein, endlich eine umfassende und anhaltende Bildungsoffensive in Sachen Kinderrechte umzusetzen, die Kinder wie Erwachsene erreicht. Die Ergebnisse implizieren, dass hierbei insbesondere auch die ländlichen Regionen und die alten Bundesländer in den Blick genommen werden sollten. Für den Bildungsbereich gilt es, Kinderrechtebildung mehr als bisher in die Lehrpläne der Schulen bzw. Erziehungs- und Bildungspläne der Kitas verbindlich aufzunehmen. Gleichzeitig müssen methodische Ansätze für eine beteiligungs- und praxisorientierte Kinderrechtebildung gefördert und nachhaltig im Alltag von Bildungsinstitutionen verankert werden.

Darüber hinaus wird erneut deutlich, dass insbesondere auch jüngere Kinder bei der Kinderrechtebildung stärker in den Fokus genommen werden sollten. Nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes sollte flächendeckend bereits in der Kita mit geeigneten methodischen Ansätzen im Rahmen eines frühkindlichen Bildungskonzeptes angesetzt und dabei das Wissen über Kinderrechte altersgerecht und lebensnah vermittelt werden. Nicht zuletzt werden hiermit auch die Grundlagen demokratischer Kompetenzen gelegt.

Ziel einer Bildungsoffensive muss eine kontinuierliche Kinderrechtebildung über alle Bildungseinrichtungen und -typen hinweg sein. Dies gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche aus armen Familien, die das Schwerpunktthema dieses Kinderreports sind. Gerade aus ihrem Blickwinkel ist es nicht zielführend, wenn die Kinderrechtebildung stärker auf einzelne Schulformen fokussiert wird. So zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass sich Hauptschülerinnen und Hauptschüler in deutlich geringeren Anteilen mit ihren Rechten gut auskennen. Wissenschaftliche Studien belegen eine zunehmende soziale Segregation der Bildung in Deutschland nach Quartieren, wie auch nach Schulformen. Gerade Kindern, die es aufgrund des gegliederten Schulsystems ohnehin häufig schwieriger haben, im Berufsleben anzukommen und sich in die Gesellschaft zu integrieren, sollte die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, ihre Rechte einfordern zu können. Dabei gilt, neben der Vermittlung von Wissen über die Kinderrechte, dass sich die Schulen in ihren Strukturen stärker für das Thema Kinderrechte öffnen und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in ihren Gremien forcieren, um somit Kinderrechte direkt erlebbar zu machen.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Zu den Kernprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention gehört auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So sichert die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat in Artikel 12 „dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife [zu berücksichtigen]“.

Wenn es um eine Verbesserung der diesbezüglichen Situation in Deutschland und damit um mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche geht, sehen diese in fast allen Bereichen einen höheren Bedarf („sehr wichtig“) an Mitbestimmung als die Erwachsenen. Diese Tendenz ist seit Langem zu beobachten, so auch im letzten Kinderreport, und wird durch die aktuellen Zahlen eindrucksvoll bestätigt.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche



Mitbestimmung ist sehr wichtig	Kinder und Jugendliche	Erwachsene
... in der Familie	(+1) 46	28 (+5)
... im Kindergarten	(+5) 12	13 (+3)
... in der Schule	(-1) 50	28 (+5)
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	(+4) 31	26 (-3)
... im Wohngebiet	(+4) 16	15 (+3)
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	(+4) 21	15 (+1)
... in Deutschland insgesamt	(+2) 30	20 (±0)

Frage 6: Was meinst du, wo sollten Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können?/Frage 6: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung in ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/
Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Zunächst soll bei der Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten ein Vergleich der Antworten im Bereich „sehr wichtig“ zwischen den befragten Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden. Hier wird deutlich, dass bis auf den Bereich der Kitas, der von den Erwachsenen mehrheitlich als „sehr wichtig“ angesehen wird (13 zu 12 Prozent), die Dringlichkeit in den einzelnen Bereichen bei den Kindern und Jugendlichen teils deutlich höher eingeschätzt wird. Die größten Unterschiede sind hier bei mehr Mitbestimmungsrechten in der Schule (50 zu 28 Prozent) und in der Familie (46 zu 28 Prozent) zu verzeichnen. Aber auch bei mehr Mitbestimmungsrechten in Deutschland insgesamt ist der Unterschied mit 10 Prozentpunkten sehr groß. Außerdem urteilen die Erwachsenen bei Fragen der demokratischen Teilhabe auf kommunaler Ebene oder im Wohngebiet verhaltener als die Kinder und Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche

		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Gar nicht wichtig
... in der Familie	(±0) 96	46	50	4	
... im Kindergarten	(+2) 42	12	30	47	11
... in der Schule	(+1) 96	50	46	4	
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	(-1) 86	31	55	13	1
... im Wohngebiet	(+3) 60	16	44	35	5
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	(-1) 70	21	49	25	5
... in Deutschland insgesamt	(-1) 79	30	49	17	4

Frage 6: Was meinst du, wo sollten Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Betrachtet man die Kinder und Jugendlichen für sich und fasst die Bereiche „sehr wichtig“ und wichtig“ zusammen, messen die Befragten auch dann der Mitsprache im schulischen und familiären Umfeld den größten Stellenwert zu. Mit jeweils 96 Prozent und damit fast identisch wie bereits in den Kinderreporten 2016 und 2017 plädieren die Kinder und Jugendlichen dafür, in der Schule und in der Familie mehr mitbestimmen zu können. Mit deutlichem Abstand folgen die Bereiche der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (86 Prozent) und auch mehr Mitbestimmungsrechte in Deutschland insgesamt (79 Prozent). Schlusslicht ist wie in den Vorjahren die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas (42 Prozent).

Der Wunsch der Jugendlichen nach übergreifender Mitbestimmung, z. B. auf Bundes- oder kommunaler Ebene, fällt insgesamt geringer aus als in ihrem unmittelbar konkreten Lebensumfeld. Betrachtet man nur den Bereich „sehr wichtig“, so ist nach den Rückgängen in den letzten beiden Jahren hier wieder eine deutliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Mehr Mitsprache in Deutschland insgesamt beurteilen drei von zehn Jugendlichen als „sehr wichtig“ (30 Prozent). Auf kommunaler Ebene erachtet gut jeder fünfte (21 Prozent), im Wohngebiet fast jeder sechste (16 Prozent) Jugendliche ein Mehr an Mitbestimmung für „sehr wichtig“.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Erwachsene

		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Gar nicht wichtig
... in der Familie	(+2) 81	28	53	14	3
... im Kindergarten	(+6) 44	13	31	41	12
... in der Schule	(+7) 79	28	51	17	3
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	(+3) 83	26	57	14	1
... im Wohngebiet	(+5) 59	15	44	31	5
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	(+6) 65	15	50	29	4
... in Deutschland insgesamt	(+6) 70	20	50	23	5

Frage 6: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung in ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2017
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Unterstützung der Erwachsenen bei Fragen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen erfreulicherweise stark gestiegen – und hat damit die drastischen Rückgänge im letzten Jahr fast wettgemacht. In den Augen der Erwachsenen wird einer Erweiterung der Mitbestimmung („sehr wichtig“ und „wichtig“) insbesondere in der Schule, in Kitas, in der Kommune und in Deutschland insgesamt eine deutlich höhere Bedeutung beigemessen als noch vor einem Jahr. Aber auch in den anderen Bereichen sind höhere Zustimmungsraten zu verzeichnen. Das zeigt, dass bei den diesbezüglichen Rückgängen im Kinderreport 2017 wohl kein Trend vorlag, sondern diese eher auf eine kurzfristige partizipationskritische Stimmung bei den Erwachsenen zurückzuführen waren.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche – Parteianhängerschaft

Erwachsene

Mehr Mitbestimmung ist sehr wichtig	Unions-Anhänger	SPD-Anhänger	AfD-Anhänger	FDP-Anhänger	Linke-Anhänger	Grüne-Anhänger
... in der Familie	29	23	22	28	29	22
... im Kindergarten	12	14	14	4	10	9
... in der Schule	27	20	17	26	26	34
... im Sport-, Kultur-, Freizeitverein	27	27	27	28	27	29
... im Wohngebiet	15	18	14	8	20	14
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	13	17	12	9	18	18
... in Deutschland insgesamt	18	19	14	12	25	14

Frage 6: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung in ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Schließlich soll die Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche entlang der Parteisympathie aufgeschlüsselt werden. Hier sind allerdings eindeutige Trends nur schwer ablesbar. Schaut man sich die Bewertungen insgesamt an, so kann festgestellt werden, dass die Anhängerinnen und Anhänger der Linken, der Union, der Grünen und der SPD mehr Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche wesentlich aufgeschlossener gegenüberstehen als die der AfD und der FDP.

Politische Schlussfolgerungen

Das in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention normierte Beteiligungsrecht von Kindern stellt ein Grundprinzip der Konvention dar. Dahinter steht der Gedanke, dass Kindern aus Sicht der Erwachsenen oft die Fähigkeit abgesprochen wird, ihre Rechte selbst wahrzunehmen. Häufig erhalten sie nicht die Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun, so dass ihre Perspektive keine Beachtung findet. Das Beteiligungsrecht ist zudem eng mit dem Kindeswohl verbunden, da es der Feststellung der kindlichen Interessen dient. Aber nur durch den Einbezug der Meinung von Kindern kann ihr Lebensumfeld in einer Weise gestaltet werden, die ihrem Wohl und nicht vorrangig den Vorstellungen der Erwachsenen davon entspricht.

Der Kinderreport 2017 legte auch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in Deutschland den Schwerpunkt auf demokratische Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen. Nach wie vor hat dieses Thema nicht an Wichtigkeit verloren. Gerade Mitbestimmung hat für die Entwicklung demokratischer Kompetenzen eine entscheidende Bedeutung: Denn wer früh beteiligt wird, beteiligt sich auch später an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen. Dafür müssen wir Kindern und Jugendlichen jedoch Räume für echte Partizipation eröffnen.

Die Umfrage in diesem Kinderreport macht, wie auch in den Jahren zuvor, deutlich: Kinder und Jugendliche selbst haben den expliziten Wunsch, mehr mitbestimmen zu können, insbesondere in Familie und Schule. So sagen 96 Prozent der Kinder und Jugendlichen, dass sie sich dort eine stärkere Mitbestimmung wünschen. Bei den Erwachsenen fallen die Werte dagegen deutlich niedriger aus. Dies überrascht einerseits nicht unbedingt, verdeutlicht es doch vor allem, dass Kinder und Jugendliche unter einem Mangel an Mitbestimmung direkter und insofern stärker leiden. Andererseits wird deutlich, dass es eine große Herausforderung bleibt, die Bedeutung von Mitbestimmung bei Erwachsenen bekannter und anerkannter zu machen.

Eine Haupteinsicht des Kinderreports 2017 bestand darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung die vorrangige Verantwortung für die Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten bei den Eltern bzw. bei der Familie sieht. Demokratische Kompetenzen bilden sich über das Erleben der eigenen Selbstwirksamkeit und der eigenen Mitbestimmungsmöglichkeiten aus. Dementsprechend sollte Partizipation in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennenlernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es auch eine politische Aufgabe, Eltern – beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung – bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen.

Das Schulsystem in Deutschland ist vielerorts noch durch autoritäre Strukturen geprägt. Auch wenn sich vieles gewandelt hat, weist die starke Zustimmung der Kinder und Jugendlichen für eine stärkere Mitbestimmung in der Schule darauf hin, dass es hier noch viel Luft nach oben gibt. Dabei geht es nicht nur um partielle Mitbestimmung, sondern vielmehr um eine demokratische Schulkultur als Ganzes, die Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen etwa bei der Wahl der Unterrichtsinhalte, der Unterrichtsmethoden und der Bewertung forciert. Daneben sollte zeitlicher Raum im Schulalltag für die Arbeit von Vertretungen der Schülerinnen und Schüler geschaffen sowie Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, in allen entscheidungsbefugten Gremien mit Stimmrecht vertreten zu sein. Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich zudem bundesweit dafür ein, mehr Mit-

bestimmung von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag als verbindlichen Aspekt in Schulverfassungen und Schulgesetzen zu verankern.

Am Anfang einer stärkeren Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen, wie sie sich ein überwiegender Teil der Befragten wünscht, stehen die Kinder und Jugendlichen selbst. Um deren Interessen zu kennen und zu gewährleisten, müssen sie selbst gefragt und eingebunden werden. Hierfür gilt es, insbesondere Beteiligungsmöglichkeiten in den Landes- und Kommunalverfassungen verbindlich zu verankern. Denn das ist auch im Interesse der Gesamtgesellschaft: Eine nachhaltige kommunale Entwicklung hängt in großem Maße davon ab, wie Kinder und Jugendliche vor Ort eingebunden werden. Kommunen, in denen Kinder und Jugendliche sich wohl fühlen, sind nicht nur für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerter, sondern auch zukunftsfester, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Um die Stimme von Kindern und Jugendlichen auch in Bezug auf Deutschland insgesamt zu stärken und der Kinderfreundlichkeit, gerade angesichts des demografischen Wandels, ein größeres Gewicht zu verleihen, setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk darüber hinaus mittelfristig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europawahlen ein. Langfristig strebt das Deutsche Kinderhilfswerk eine Absenkung der Wahlaltersgrenze auf allen Ebenen auf 14 Jahre an.

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Über Ausgrenzung und fehlende Zukunftsperspektiven von Millionen Kindern

Eigene Blickwinkel ändern sich stetig: Wenn man sich mit dem Auto durch die Stadt bewegt, dann nimmt man sie anders wahr, als wenn man sie mit dem Rad oder zu Fuß erkundet. Nach Tagen oder Wochen mit vielen Begegnungen und Gesprächen wünscht man sich oftmals Ruhe, so wie es einen unter Menschen zieht nach einer Phase der Zurückgezogenheit. Wenn man vom Osten nach Westen blickt, sieht die Welt ein Stück anders aus, als wenn man vom Westen in den Osten schaut. Und als junger Mensch sieht man die Welt mit anderen Augen, als einige Jahrzehnte später und um viel Lebenserfahrung reicher.

Diese Beobachtung setzt sich fort, wenn man die Selbstbetrachtung aufgibt und auf andere Menschen schaut. Auch hier sind die unterschiedlichsten Blickwinkel und Lebensweisen anzutreffen. Darin besteht eine der Errungenschaften unserer Demokratie und der (post)modernen globalisierten Gesellschaft. Ob es einem nun passt oder nicht: Viele traditionelle Bindungen an Familie und Herkunft, an politische Überzeugungen, den gewünschten Lebensort, die Berufswahl oder die kulturellen Vorlieben haben sich abgeschwächt oder aufgelöst.

Vieles ist eine Frage des individuell erarbeiteten Standpunktes, der individuell entwickelten politischen Einstellung, ein Frage des Geschmacks. Wohin fahre ich in den Urlaub, bleibe ich in Deutschland oder geht es auf große Weltreise? Was mache ich in meiner Freizeit, schaue ich Filme oder gehe ich lieber ins Theater? Und sind es dann die kulturellen Klassiker oder bin ich eher der Avantgarde zugewandt? Welche Partei wähle ich? Ziehe ich in die Großstadt oder lieber aufs Land?



Im Rahmen soziokultureller Prägungen, also abhängig von den Beschränkungen und Möglichkeiten durch unser Aufwachsen und unsere persönlichen Erfahrungen, sowie abhängig von den ökonomischen Spielräumen ist es auch tatsächlich so: Die Welt steht offen, die Möglichkeiten sind vielfältig, die Chancen groß.

Auch bezüglich der Armut in Deutschland allgemein, und der Kinderarmut im Speziellen, scheint es eine Frage des Blickwinkels zu sein, wie man dazu steht. Gibt es überhaupt wirkliche Armut in Deutschland, gibt es sie in relevanter Größenordnung? Sind bei den Kindern nicht die Eltern schuld, wenn sie nicht arbeiten wollen oder trotz Armut Kinder bekommen und sich dann auch noch trennen, und tut nicht der Staat eigentlich schon ziemlich viel, mehr geht dann halt nicht? Und ist das mit der Armut nicht eigentlich alles relativ, kein Kind verhungert in Deutschland, die richtige Armut existiert ganz woanders auf der Welt, man soll sich mal nicht so haben?

Aus einem gewissen Blickwinkel betrachtet könnte man für Deutschland im Jahre 2018 zu der Erkenntnis kommen: Uns geht es gut, denn Deutschland steht wirtschaftlich so stark da wie lange nicht. Allerorten ist dies zu lesen und zu hören. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Steuereinnahmen sprudeln, die Sozialkassen erwirtschaften Überschüsse, die Staatsverschuldung sinkt.

Doch wer ist eigentlich dieses Deutschland, das offenbar wirtschaftlich so gut dasteht wie lange nicht? Das Deutschland, dem es so gut geht, das ist sein Bruttonationaleinkommen. Das ist seine Außenhandelsbilanz. Das sind seine Staatseinnahmen. Das sind die Gewinne der Unternehmen. Es sind die Vermögen der Reichen, es sind die Gutverdienenden und die Erben in diesem Land. Falls man nur über dieses Deutschland sprechen möchte, dann könnte man die Aussage, dass es Deutschland wirtschaftlich gut geht, so stehen lassen und an dieser Stelle enden.

Doch damit hätte man sich aus Deutschland einen bestimmten Teil – den Teil, der zum Argument passt – herausgeschnitten und würde behaupten, dieser Teil sei das Ganze. Die Einkommen, Vermögen und der wirtschaftliche Erfolg sind jedoch sehr ungleich verteilt. Die Forschergruppe um Thomas Piketty hat in ihrem „Weltreport der Ungleichheit“ Ende 2017 dargelegt, dass auf der Einkommenseite die Ungleichheit in Deutschland derzeit wieder auf dem Stand von 1913 (!) angelangt ist. Nach einer längeren Phase der Angleichung von Einkommen nach dem 2. Weltkrieg bis zu den 1980er Jahren haben sich die Einkommen seither in Europa wieder auseinanderbewegt. Das darf man guten Gewissens als gesamtgesellschaftliche Regression bezeichnen.

Beim Gerede davon, dass es „Deutschland wirtschaftlich so gut gehe“ wird somit ein Bild gezeichnet, das man gerne hätte, das aber nicht viel mit der gesamtgesellschaftlichen Situation in Deutschland zu tun hat. Die Wahrheit lautet nämlich folgendermaßen: Deutschland ginge es gut, würden die gesamten Einkommen in einen großen Topf geworfen und zu ungefähr gleichen Teilen auf alle gut 80 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger verteilt. Das allerdings ist bekanntlich nicht der Fall. Die enormen Differenzen beispielsweise zwischen den Einkommen von Mindestlohnbeziehenden und Finanzmanagerinnen und Finanzmanagern sind bekannt. Und wenn man sich dies vor Augen führt, dann sieht die Angelegenheit schon ganz anders aus. Dann taucht plötzlich ein Deutschland auf, dem es nicht gut geht. Da sind die Geringverdienenden, die Arbeitslosen, die von Altersarmut betroffenen Rentnerinnen und Rentner, die Alleinerziehenden, die körperlich oder psychisch Beeinträchtigten, das sind die Kinder in von Armut betroffenen Haushalten oder Kinder, die auf der Straße leben. All sie sind mit gleichem Recht Teil Deutschlands. Die Narration davon, dass es Deutschland gut geht, schließt sie aus. Sie impliziert, dass diese Menschen nicht dazugehören. Diese Narration hat mit der Realität, von der sie zu handeln vorgibt, nicht besonders viel zu tun. Psychoanalytisch gesprochen nennt man das Verdrängung.

Auch hier scheint es somit unterschiedliche Blickwinkel zu geben. Doch in diesem Fall zieht der Blickwinkel, auch wenn derselbe Begriff verwendet wird, vollkommen andere Implikationen nach sich als bei Fragen von individuellen Lebensentwürfen und geschmacklichen Vorlieben. Und dieser Unterschied ist nicht banal, sondern vielmehr fundamental. Es ist etwas vollkommen anderes, wovon wir bei der Frage der Kinderarmut sprechen. Bei dieser Frage des Blickwinkels verhandeln wir nicht irgendwelche Vorlieben, sondern hier geht es, und an dieser Stelle muss man

grundsätzlich werden, um Millionen von Kindern in Deutschland, um ihre Gesundheit, um ihre Bildung und ihre Zukunftschancen, um ihr Wohlbefinden, um ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihr Recht auf ein gelingendes Leben. Hier geht es um eine bedeutende Anzahl von Kindern in diesem Land, die mit schlechteren Lebens- und Entwicklungsbedingungen konfrontiert sind als Gleichaltrige. Hier geht es um den sozialen Frieden und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Sachlich betrachtet ist es indes keine Frage des Blickwinkels, ob Kinderarmut existiert oder nicht. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Dabei besitzt Deutschland mit seiner ökonomischen Stärke, seiner sozialstaatlichen Tradition und der starken Zivilgesellschaft beste Voraussetzungen, um entscheidend bei der Bekämpfung der Kinderarmut voranzukommen. Natürlich ist die Situation in Deutschland nicht mit der Lage in den ärmsten Ländern der Erde vergleichbar. Bei uns verhungern keine Kinder auf der Straße, die Versorgung mit dem absoluten Existenzminimum ist gewährleistet. Aber leider sind wir auch in Deutschland beispielsweise von den bereits im Jahre 1995 auf dem Kopenhagener Weltgipfel für soziale Entwicklung abgegebenen Selbstverpflichtungen noch weit entfernt. Allein – um auf die Frage des Blickwinkels zurückzukommen – es bleibt am Ende abhängig vom politischen Willen.

Kinderarmut zu ignorieren ist dementsprechend keine Option, die Zahlen liegen auf dem Tisch. Genauso wie Beschreibungen der fatalen individuellen und gesamtgesellschaftlichen Folgen. Wissenschaftliche Studien zeigen beispielsweise sehr deutlich, dass das konservative Argument gegen materielle Geldleistungen, da diese nicht ankämen, nicht trägt. Die wenigsten Eltern sparen bei Geldmangel am Bedarf der Kinder, sondern stellen zunächst immer die eigenen Bedürfnisse zurück. Eltern, auch solche mit wenig finanziellen Ressourcen, wollen in der Regel für ihre Kinder nur das Beste und versuchen die Folgen der Armut so gut wie möglich abzufedern. Sich bei der Frage des Ob hinsichtlich Kinderarmut auf einen spezifischen Blickwinkel zurückzuziehen, muss als das benannt werden, was es ist: Eine hohle Phrase.

Politikerinnen und Politiker betonen gerne, dass Kinder das Wichtigste sind, was wir haben, doch in ihrem politischen Handeln spielen sie eine untergeordnete Rolle. Wenn sie der Meinung sind, es gäbe wichtigeres zu tun, dann sollen sie das sagen und entsprechend begründen. Falls sie der Meinung sind, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder würde zum Nachteil ihrer Wählerklientel gehen, da auf diesem Wege mehr Kinder und Jugendliche um die begrenzten Zugänge zu guter Bildung und guten Jobs konkurrieren, dann sollen sie auch das sagen. Falls sie der Meinung seien, unterschiedliche Startbedingungen seien nun einmal Pech oder durch die Eltern selbst verschuldet, und im harten Konkurrenzkampf würden sich dann schon die wirklich talentierten Kinder aus armen Haushalten durchsetzen, dann sollen sie auch das sagen. Dann kann man zumindest darüber reden und weiß, wer sich warum nicht mit der Frage der Kinderarmut beschäftigen möchte und wer die Kinderarmut warum nicht für ein drängendes Problem hält.

Wir als Deutsches Kinderhilfswerk können grundsätzlich zugestehen, dass unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Gewichtung und Dringlichkeit des Problems existieren und auch bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen. Hierüber muss ein offener und virulenter Diskurs geführt werden, damit zielgerichtete Maßnahmen ergriffen werden können. Unserer Meinung nach zählt Kinderarmut zu einem der drängendsten Probleme in unserem Land und die Akteure in Politik und Gesellschaft müssen sich hier endlich stärker engagieren. Diese Meinung teilt eine Mehrheit der Bevölkerung, wie die aktuelle Umfrage für den Kinderreport 2018 zeigt. Lediglich 5 Prozent der erwachsenen Befragten sind der Ansicht, dass durch Staat und Gesellschaft „sehr viel“ zur Bekämpfung von Kinderarmut getan wird, für 19 Prozent wird „eher viel“ getan, für 3 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen wird „sehr viel“, und für 20 Prozent wird „eher viel“ getan. Demgegenüber beurteilen drei Viertel, also die überdeutliche Mehrheit der Erwachsenen sowie der Kinder und Jugendlichen, die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft eher negativ, halten die Maßnahmen für unzureichend.

Dies nehmen wir als Kinderrechtsorganisation als Auftrag wahr, die öffentliche und politische Diskussion noch stärker auf das Thema Kinderarmut zu lenken und Lösungsansätze aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund möchten wir



das Themenfeld für den Kinderreport 2018 intensiver beleuchten. Armut hat lebenslange Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen, die im Folgenden näher ausgeführt werden. Daraus ergibt sich aus unserer Sicht die zwingende Schlussfolgerung, dass es nichts weniger als eine der entscheidenden Zukunftsfragen darstellt, sich endlich nachdrücklich für eine Überwindung der Kinderarmut in Deutschland zu engagieren.

Lebenslagen von Kindern und die vielfältigen Dimensionen von Kinderarmut

Es dürfte Konsens darüber bestehen, dass sich sozialer Benachteiligung von Kindern nicht ausschließlich durch Unterstützungsleistungen im Bereich der materiellen Existenzsicherung begegnen lässt – wenngleich sie eine wichtige Rolle spielen. Tatsächlich müssen die Ansätze zur Bekämpfung der Kinderarmut und ihrer Folgen ebenso vielfältig sein, wie das Leben selbst vielfältig ist. Denn Kinderarmut wirkt als Strukturierungsmuster in alle Lebensbereiche hinein, wirkt sich somit umfassend auf Chancen und Entwicklung der Kinder aus: Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Armut betroffener Kinder sind geringer im Vergleich zu anderen Kindern. Zugleich darf das Strukturierungsmuster Kinderarmut nicht als Determinante missverstanden werden. Die individuellen Biografien sind so unterschiedlich, wie die Kinder und die Familien es sind, und gerade das soziale Umfeld kann maßgeblich dazu beitragen, dass Kinder in ihren eigenen Qualitäten bestärkt werden.

Der Lebenslagenansatz wird gemeinhin als ein geeignetes Instrument herangezogen, um die unterschiedlichen Bedürfnisseebenen abbilden und operationalisieren zu können. Beim Lebenslagenansatz spielen – neben der materiellen Absicherung – auch die Dimensionen Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe zentrale Rollen. Wissenschaftlich wurde der Begriff zu Beginn des 20. Jahrhunderts vom Sozialwissenschaftler Otto Neurath als „Umstände, die [...] die Verhaltensweisen eines Menschen [...] bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung [...]“ definiert, entwickelte sich dann aber zur Beschreibung der Handlungsmöglichkeiten bzw. des Spielraums des oder der Einzelnen weiter.

Mithilfe des Lebenslagenansatzes können wir die Mehrdimensionalität sozialer Benachteiligung erfassen und die Wechselwirkungen der unterschiedlichen Ebenen, auf denen sich soziale Benachteiligung auswirkt, in den Blick nehmen. Bei einer nur isolierten Betrachtung einzelner Bereiche, bspw. der kulturellen Teilhabe, wäre es nicht möglich zu erfassen, in welcher Form soziale Teilhabe abhängig ist von den finanziellen Möglichkeiten, wie sich wiederum eine schlechte soziale Teilhabe auf die Bildungschancen der Kinder auswirkt und damit auf ihre berufliche Perspektive und in welchem Verhältnis soziale Teilhabe zu politischer Teilhabe und zivilgesellschaftlichem Engagement stehen. Nur durch einen Gesamtblick ist es möglich, die entsprechenden Zusammenhänge zu erkennen und nur durch diesen integrierten Blick können sinnvolle Maßnahmen entwickelt werden, die Abhilfe schaffen können.

Im Sinne von eben erwähnten Handlungsmöglichkeiten – Begebenheiten, die Kinder für ihre Entwicklung vorfinden – gilt es, die Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen. Hier wäre etwa darüber nachzudenken, ob bspw. kostengünstige Angebote für soziale Teilhabe bestehen, ob im Wohnumfeld von Armut betroffener Kinder auf sie zugeschnittene Angebote existieren, ob ihrer sozialen Prägung entsprechende Möglichkeiten zur Mitbestimmung an der Gestaltung des Wohnumfeldes angeboten werden oder über die Schulsozialarbeit Unterstützung angeboten wird.

Von Bedeutung sind also im Sinne der sozialen Teilhabe die objektiven Bedingungen, seien es kostenfreie Angebote für Mitgliedschaften in Sportvereinen, kommunale Gremien der Kinder- und Jugendbeteiligung, Jugendzentren oder Stadtbibliotheken. Eine unzureichende Nutzung solcher Angebote (sofern sie denn tatsächlich den Lebenslagen der Kinder entsprechen, die erreicht werden sollen) sollte jedoch aus einer weiteren Perspektive heraus betrachtet werden. Eine geringe Inanspruchnahme zu beantragender Unterstützungsleistungen wie dem Bildungs- und Teilhabepaket dürfte mit der möglichen Stigmatisierung solcher Angebote zu tun haben oder mit fehlenden Kompetenzen beim Stellen komplizierter Anträge. Die Wahrnehmung der Beteiligungsmöglichkeiten in Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien hängt stark davon ab, ob ein solches Engagement im Elternhaus unterstützt wird und welche Kompetenzen hier bei den Kindern und Jugendlichen implizit oder explizit vorausgesetzt werden und aus welchem Sozialmilieu sich die Mitglieder zusammensetzen. Auf Basis einer solchen Analyse lassen sich die Adäquatheit bestehender Angebote einschätzen und zugleich Maßnahmen entwickeln, die zur besseren Nutzung führen könnten oder es können neue Angebote entwickelt werden.

Dimension materielle Absicherung – wenn Mangel und Verzicht zum Alltag gehören

Auch wenn sich die statistische Erfassung von Kinderarmut an den Haushaltseinkommen orientiert, wirken sich die Folgen von Armut – wie eben ausgeführt – mehrdimensional aus. Kinderarmut ist also mitnichten nur materielle Armut und ebenso mitnichten nur auf dem Weg besserer materieller Absicherungen zu lösen. Gleichwohl ist die Verlässlichkeit der materiellen Absicherung eine der grundlegenden Stellschrauben beim Problem der Kinderarmut.

Wird von Kinderarmut gesprochen, geht es stets um Einkommensarmut der Eltern bzw. der Familien und die Folgen für ihre Kinder. Der allgemein anerkannten Definition folgend gelten Kinder als armutsgefährdet, wenn sie in Familien leben, deren Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens beträgt. Arbeitslosigkeit, insbesondere über einen längeren Zeitraum hinweg, Arbeit zu niedriger Entlohnung und in Teilzeit sind hier Hauptrisikofaktoren, ebenso Überschuldung sowie die Trennung von Eltern.

Nach Zahlen, die für die Studie „Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen“ der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Kinderhilfswerkes 2017 zusammengetragen wurden, können folgende Sachverhalte konstatiert werden:

- Der Anteil der von Einkommensarmut betroffenen Personen in Deutschland (nach 60-Prozent-EU Armutsgrenze) ist von 1997 bis 2013 von 10,8 Prozent auf 15,5 Prozent gestiegen.
- Die Armutsgefährdung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist unterschiedlich verteilt. Nach Alter betrachtet weisen junge Menschen die höchsten Risikoquoten auf. Bei einer Differenzierung nach Bildungshintergrund sind besonders die niedrig Qualifizierten armutsgefährdet.
- Die Armutsgefährdung von Familien-Haushalten ist unterschiedlich verteilt. So sind beispielsweise 43 Prozent der Alleinerziehenden im Vergleich zu 9 Prozent der Paar-Haushalte auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) angewiesen

Weiterhin kann festgestellt werden, dass

- innerhalb der Gruppe der Minderjährigen gilt, je jünger das Kind desto höher das Armutsrisiko.
- die Entwicklungsbedingungen der Betroffenen stark beeinträchtigt werden, so dass die Gefahr der Verstetigung mit der Armutsdauer steigt. Frühere Armutserfahrungen stehen in Verbindung zu späterer Einkommensarmut.
- die Verweildauer in Armut hoch ist. Laut AWO-ISS-Langzeitstudie lebten 51 Prozent der beforschten Kinder über zehn Jahre hinweg in Armut.
- Kinder vor allem dann risikogefährdet sind, wenn sie in einer Familie mit einem oder mehreren der folgenden fünf sozialen Merkmale aufwachsen: alleinerziehend, bildungsfern, Migrationshintergrund, mehr als zwei Geschwister, Lebensort ist ein sozial belastetes Quartier. Besteht eine Merkmalskombination, potenziert sich die Gefährdung um ein Vielfaches.

Darüber hinaus gilt, dass seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze festzustellen ist, dass sich die Kinderarmut in Deutschland nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerkes mehr als verdoppelt hat. Neben dem frühzeitigen Wegfall des ALG I gibt es weitere Gründe: Früher wurde beispielsweise das Erziehungsgeld neben den Hartz-IV-Leistungen gewährt, also on top gezahlt. Nach Einführung des Elterngeldes wird dieses auf Hartz-IV angerechnet.

Weiter oben ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Auswirkungen von Kinderarmut nicht allein auf die Dimension der materiellen Ausstattung zu reduzieren sind, wenngleich Kinderarmut hier ihre statistische Basis hat. So liegt das Problem der Kinderarmut nicht zuvorderst darin, dass die Familien beim Urlaub nicht so große Sprünge machen können wie andere Familien, die finanziell besser gestellt sind, dass die Eltern beim Discounter einkaufen oder dass die Kinder eben Fußball spielen und nicht Tennis oder Golf. Bei Kinderarmut geht es um etwas ganz anderes: Einerseits wirkt sich Kinderarmut häufig viel stärker und einschränkender aus. So ist von Armut betroffenen Kindern häufig der Urlaub vollkommen verwehrt, sie kommen hungrig in die Schule oder die Kita, die Ausstattung mit warmer Kleidung oder den wichtigsten Haushaltsgeräten wird zur Hürde für das Haushaltsbudget. Zum anderen erwächst all den genannten Aspekten in der Summe im Bereich der sozialen Teilhabe eine eigene Dimension. Denn wie man beispielsweise dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu und seiner Theorie der sozialen Klassen folgend konstatieren kann und muss, spielen solche Dimensionen im Zuge einer sozialen Einordnung auch für spätere Bildungs- und Berufslaufbahnen eine ganz entscheidende Rolle. Die Lebenslage materielle Absicherung ist somit auf mindestens zwei Ebenen von zentraler Bedeutung: Zum einen ist die Ausstattung mit den Notwendigkeiten der physischen Existenz von grundlegender Bedeutung, zum anderen muss diese Ausstattung auf einer zweiten, „weiche“ Ebene dafür ausreichen, um im sozialen Umfeld nicht stigmatisiert zu werden, um Ausgrenzung und damit fehlende Teilhabe an Aktivitäten, die für andere Kinder selbstverständlich sind,

zu verhindern. Dazu gehören Kindergeburtstage, Vereinsleben oder Ausflüge mit der Familie. Es muss eine soziale Teilhabe ermöglicht werden, die nicht als von Armut geprägt erkennbar oder auf Armut zurückzufolgern ist.

Ein zentrales Ziel bei der Bekämpfung von Kinderarmut muss demzufolge darin bestehen, das soziokulturelle Existenzminimum jedes Kindes abzusichern. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil 2010 deutlich gemacht, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum „sowohl die physische Existenz des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit (...) als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasst“. Diesem Entscheidungsmaßstab wie auch den Grundsätzen der UN-Kinderrechtskonvention folgend, muss die Absicherung von Kindern einerseits materielle Armut verhindern und andererseits gesellschaftliche Teilhabe für alle Kinder möglich machen.

Neben einer transparenten und realistischen Neu-Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern durch eine unabhängige Kommission, bei der auch Kinder beteiligt werden müssen, sollte auch darüber nachgedacht werden, wie ein größer werdender Rückstand der Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher gegenüber der gesellschaftlichen Mitte dauerhaft verhindert werden kann.

Über die Frage der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums hinaus müssen zudem die Sanktionen im SGB II in den Blick genommen werden, von denen auch Zehntausende Kinder und Jugendliche betroffen sind. Diese treffen die Kinder empfindlich – das ist nicht hinnehmbar. Zumindest bezüglich der Unterkunftskosten sollte gesetzlich dringend verankert werden, dass die vollen Kosten auch bei Totalsanktionen weiterhin übernommen werden, damit sich die betroffenen Familien nicht einer drohenden Wohnungslosigkeit oder Energiesperre gegenüber sehen.

Ein breiter Zusammenschluss aus 40 Sozial-, Kinderrechts- und Familienverbänden, dem das Deutsche Kinderhilfswerk als eines der Gründungsmitglieder angehört, fordert drei konkrete Schritte gegen Kinderarmut, die aus Sicht der Verbände Grundparadigmen für die Unterstützung von Kindern und ihren Familien darstellen sollten: erstens, eine realistische Ermittlung des Existenzminimums von Kindern, das über alle Leistungssysteme hinweg gesichert wird; zweitens, der Abbau von Ungerechtigkeiten in der Familienförderung, die gutverdienende Eltern stärker unterstützt als Kinder Erwerbsloser oder mittlerer Einkommensbeziehender; drittens, die einfachere Gestaltung und leichtere Zugänglichkeit von Leistungen.



Ganz konkret gilt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes, kurzfristig die Regelsätze für Kinder und ihre Familien armutsfest auszugestalten, um zumindest für Kinder im Sozialleistungsbezug eine schnelle Verbesserung herbeizuführen. Zudem sollten zügig bestehende, vorgelagerte Sicherungssysteme reformiert und gestärkt werden: Dazu gehört insbesondere eine Reform des Kinderzuschlags, die über eine einfache Erhöhung hinausgeht und die Anspruchsvoraussetzungen in den Blick nimmt. Eine Erhöhung löst nicht das Grundproblem, dass der Kinderzuschlag sehr viele Familien mit Kindern gar nicht erst erreicht. Eine Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag wäre aus unserer Sicht dagegen ein sinnvoller erster Reformschritt. Im Sinne der Absicherung von Kindern getrennt lebender Eltern sollte darüber hinaus ein Umgangsmehrbedarf im SGB II eingeführt werden, der das Existenzminimum von Kindern in beiden Bedarfsgemeinschaften verlässlich absichert. Die Reform des Unterhaltsvorschusses im vergangenen Jahr war ein bedeutender Schritt, gleichzeitig sei jedoch auf weiterhin bestehende Lücken, wie die Anrechnung des Kindergeldes zu verweisen.

Das Deutsche Kinderhilfswerk tritt als Mitglied des Bündnis Kindergrundsicherung für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder ein, die das Existenzminimum jedes Kindes unabhängig von der Familienform gewährleistet. Die Kindergrundsicherung soll gerecht bzw. der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechend gestaltet und besteuert werden. Durch die Anwendung des Grenzsteuersatzes, der sich für das elterliche Einkommen ohne Kindergrundsicherung ergibt, profitieren davon gerade kleinere und mittlere Einkommen. Die möglichst unbürokratische Auszahlung, automatisch und unterstützt durch die Schaffung von Servicebüros, die Familien ganzheitlich über Ansprüche beraten, wäre im Sinne der individuellen Nutzung bestehender Handlungsspielräume ebenfalls sehr zu begrüßen.

Dimension Gesundheit – Risiken mit nachhaltigen Folgen

Schauen wir uns den Bereich Gesundheit näher an: Kinderarmut und gesundheitliche Risikofaktoren gehen Hand in Hand. Diese Risikofaktoren haben lebenslange Folgen, das wissen wir spätestens seit der KiGGS-Studie, die seit 2003 den Gesundheitszustand von Kindern in Deutschland bis in ihr Erwachsenenalter hinein dokumentiert.

Trotz der prinzipiell kostenlosen Gesundheitsversorgung für Kinder und der kostenfreien Früherkennungsuntersuchungen werden insbesondere Kinder aus finanziell benachteiligten Verhältnissen von diesen Angeboten nicht erreicht, die Kinder haben bspw. deutlich schlechtere Zähne, eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegierten Schichten, ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen. Zudem sind von Armut gefährdete Kinder schlechter darin, Stress abzubauen.

Auch im Bereich der Ernährung sind Unterschiede erkennbar. Häufig reicht das Geld nicht für eine ausgewogene Ernährung, oftmals sind zudem milieuspezifische Kompetenzen oder deren Fehlen als Gründe anzuführen, warum armutsgefährdete Kinder seltener Obst und Gemüse essen und häufiger fettreiche Lebensmittel zu sich nehmen. Studien, so beispielsweise des Forschungsinstituts für Kinderernährung (FKE), haben darüber hinaus ergeben, dass die Hartz-IV-Sätze nicht ausreichen, um sich gesund zu ernähren, selbst beim Einkaufen ausschließlich im Discounter. Bei Ganztagsbetreuung ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten, denn das Schulessen muss bezahlt werden, was weitere Belastungen für knappe Haushaltskassen bedeutet. Und nicht am Schulessen teilzunehmen, kann selbstredend aufgrund der Stigmatisierung und des Gefühls des sozialen Ausschlusses auch keine Lösung sein. Zurecht wird daher seit langem die Streichung des Eigenbeitrags zur Mittagsverpflegung in der Bildungseinrichtung für Kinder, die das Bildungs- und Teilhabepaket beziehen, gefordert.

Gesundheitliche Einschränkungen sowie verinnerlichte Verhaltensweisen, die zu weiteren gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen, ziehen langfristige Auswirkungen auf die Vitalität und Morbidität der jungen Menschen nach sich. Entsprechende negative Gesundheitsbiografien von armutsbetroffenen Kindern stellen eine der individuell folgenschwersten und fatalsten Auswirkungen von Kinderarmut dar. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Kinder sowie gezielte, u.a. nach Alter und Sozialmilieu spezifizierte Maßnahmen im Bereich Gesundheitsbildung, des Gesundheitsverhaltens sowie gesundheitsspezifische Verbesserung der Lebensbedingungen sollten hier wichtige Schritte sein, um eine Trendumkehr einzuleiten.

Ein weiterer Aspekt, der für die Armutsprävention eine wichtige Rolle spielt, ist die Frühförderung bzw. die Behandlung von Entwicklungsstörungen. Entwicklungsstörungen, also gering ausgebildete Fähigkeiten in spezifischen Kompetenzbereichen, gehen mit Defiziten beispielsweise im kognitiven oder motorischen Bereich einher. Armutsgefährdete Kinder werden häufiger zu entsprechenden Behandlungen überwiesen, bei ihnen treten Entwicklungsstörungen entsprechend häufiger auf. Treten sie in die Konkurrenz zu Kindern ohne solche Defizite, sind ihnen von Anfang an schlechtere Startbedingungen gegeben. Vergleichbar damit, als würden die einen beim 1000-Meter-Lauf von weiter hinten starten müssen als die anderen, aber alle mit derselben Zielmarke. In einem auf Konkurrenz ausgelegten Gesellschaftssystem zählen armutsgefährdete Kinder daher häufig zu den Verlierern.



Durch Schuleingangsuntersuchungen besteht die Möglichkeit, dieses gesundheitliche Defizit zu diagnostizieren. Mit entsprechenden therapeutischen Maßnahmen liegen Instrumente vor, die Defizite ausgleichen können und gleichzeitig auf die Stärken der Kinder bauen. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass begonnene Behandlungen zum Ausgleich von Entwicklungsstörungen bei armutsgefährdeten Kindern wiederum häufiger nicht zu Ende geführt werden als bei Kindern aus besser gestellten Haushalten. Dem kann entgegen gewirkt werden, indem Maßnahmen niedrigschwelliger aufgebaut, Beratungen für Familien frühzeitiger angeboten, Maßnahmen besser erklärt und an Institutionen bzw. Akteure angebunden werden, die einen guten Zugang zu Familien haben.

Dimension Bildung – über Vererbung von Bildungsbiografien und die Phrase von der Leistungsgesellschaft

Bildung ist als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für den chancengerechten Zugang zu einer angemessenen beruflichen Entwicklung von eminenter Bedeutung. Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien sind jedoch bezüglich dieses Zugangs Einschränkungen unterworfen. In seinem Beitrag für den Kinderreport 2016 hat Heribert Prantl die Folgen wortreich beschrieben, so heißt es bei ihm:

„Der Sozialstaat ist, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor – er soll, er muss es sein. Nicht nur aus Barmherzigkeit. Sondern weil es gefährlich ist für ein Gemeinwesen, Menschen am Rand stehen zu lassen, weil es gefährlich und dumm ist, Kinder nicht zu fördern, nur weil sie in der falschen Familie, im falschen Stadtteil, in der falschen Umgebung oder in prekären Verhältnissen geboren sind. So verkümmern Talente. Soziale Gerechtigkeit ist daher auch ein ökonomischer Faktor. [...] Wenn wir die Jüngsten in den schwächsten Stadtvierteln gezielt unterstützen, bekommen jene Kinder eine Chance, die heute keine haben. Dann schaffen wir, was in Deutschland so bitter fehlt: Bildungsgerechtigkeit. Wenn unser Land daran scheitert, wird die neue Klassengesellschaft zementiert. [...] Unsere Gesellschaft schmückt sich mit dem Prädikat „Leistungsgesellschaft“, aber das gehört zu ihren großen Selbsttäuschungen. Die Deutschen glauben zwar, dass es jeder nach oben schaffen kann, wenn er nur fleißig und begabt ist; aber das stimmt nicht. Pisa-Studien und IGLU-Grundschulstudien zeigen, dass der Abstand zwischen der Leistung von Kindern aus privilegierten Familien und solchen aus unteren sozialen Schichten in nur wenigen Ländern der westlichen Welt so groß ist wie in Deutschland.“ Hierin ist ihm zuzustimmen. Und wenn PISA-Koordinator Andreas Schleicher feststellt, dass kein Bildungssystem langfristig erfolgreich sein kann, ohne Chancengerechtigkeit sicherzustellen, sollten wir uns das nicht nur zu Herzen nehmen, sondern endlich handeln.

Die AWO-ISS-Langzeitstudie zeigt, dass die gesamte schulische Bildungsbiografie armer Kinder deutlich belasteter ist als bei Kindern aus sicheren ökonomischen Verhältnissen. Bereits in der Grundschule zeigt sich dies an am Durchschnitt gemessenen schlechteren Noten oder häufigeren Klassenwiederholungen. Nur ein Drittel der armutsbetroffenen Jugendlichen hat im Alter von 16 oder 17 Jahren einen erfolgreichen Übergang in die Sekundarstufe II oder in eine Ausbildung vollzogen. Nur 25 Prozent der armen Jugendlichen haben ein hohes Schulbildungsniveau erreicht, d.h. ein Gymnasium, eine Fachoberschule oder eine Gesamtschule besucht, bei der nicht armen Gruppe sind es im Vergleich 45 Prozent, wie wir aus der Studie „Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2016 wissen.

Auch andere Faktoren, wie finanzielle Ressourcen, Zugang zu informeller Bildung und Stigmatisierung spielen eine sehr entscheidende Rolle für viele armutsbetroffene Kinder. So hat eine Studie deutlich herausgearbeitet, dass Kinder aus sozioökonomisch belasteten Familien bei gleicher Schulleistung strenger bewertet werden und schlechtere Noten bekommen als Kinder aus sozioökonomisch höher gestellten Haushalten. Ferner konnte nachgewiesen werden, dass nur die Hälfte aller Entscheidungen von Lehrkräften über den weiteren Schulverlauf auf die tatsächliche Leistung zurückzuführen war.

Und auch der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschäftigt sich mit den Ursachen von Bildungsungleichheit bei Kindern und Jugendlichen und stellt fest: Im deutschen Schulsystem sind insgesamt mehr Abstiege als Aufstiege zu verzeichnen. Dabei steigen Jugendliche aus armutsgefährdeten Haushalten deutlich häufiger ab und deutlich seltener auf. Das sollte ein Warnsignal sein, das endlich politische Handlungen nach sich ziehen muss. Zielstellung sollte es sein, das System der „frühen Auslese“ zu überwinden und stattdessen ein durchlässigeres und sozial gerechteres Schulsystem zu schaffen. Hierfür ist insbesondere ein Schulsystem anzustreben, in dem Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen, statt durch eine frühe Schulwahl fast unumkehrbar auf eine Bildungskarriere festgelegt zu werden.

Besorgniserregend ist auch, dass sich beim Einsatz privater Mittel für die außerschulische Bildungsunterstützung immer deutlicher eine Spaltung abzeichnet. So zeigt eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur außerschulischen Nachhilfe, dass außerschulische Förderstunden die im Bildungssystem verursachten sozialen Ungleichheiten eher verstärken statt sie zu verringern. 13 Prozent der Kinder aus ärmeren Familien, deren Eltern weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens zur Verfügung haben, nehmen bezahlte Nachhilfestunden in Anspruch. In der Mittelschicht sind es rund 20 Prozent. In Elternhäusern mit einem Einkommen, das doppelt so hoch ist wie das mittlere Einkommen, ist es ein Drittel.

Bezeichnenderweise wird hier auch das Versagen des Bildungs- und Teilhabepaketes deutlich, das u.a. die Aufgabe hat, Möglichkeiten der Lernförderung für Bezieherinnen und Bezieher zur Verfügung zu stellen. Gründe, dass diese nicht bei den Kindern ankommt, sind Informationsdefizite der Antragstellerinnen und Antragsteller, das hochformale bürokratische Antragsverfahren und die restriktive Bedingungen. So wird Lernförderung in der Regel nur Schülerinnen und Schülern gewährt, deren Versetzung gefährdet ist. Hier ist es dringend geboten, andere Lösungen zu finden und die Förderung Kindern, über die Schule direkt, unbürokratisch und stigmatisierungsfrei zugänglich zu machen. Gute Beispiele – genannt sei etwa der Lübecker Bildungsfonds – sollten vom Gesetzgeber hier als Anregung für grundlegende Reformen genommen werden.



Die Ergebnisse der Umfrage des Kinderreports 2016 sind ebenfalls eindeutig: Eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland forderte umfangreiche Reformen im Bildungssystem, um von Armut betroffenen Kindern mehr Bildungschancen zu bieten. Die spezielle Förderung von benachteiligten Kindern in Kitas und Schulen (95 Prozent), mehr Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer (95 Prozent), aktuelleres und besseres Lehrmaterial (92 Prozent) sowie geringere Kostenbeiträge für Kita und Schule und Kostenfreistellungen für Lernmaterial, Tagesverpflegung und Teilnahme an Sport und Kultur (92 Prozent) wurden befürwortet. Sehr verbreitet waren darüber hinaus Meinungen, dass auch eine bessere Qualifikation und Leistungsanerkennung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern (88 Prozent), die Stärkung sozialer Kompetenzen (88 Prozent) und die individuelle Förderung armer Kinder (85 Prozent) helfen könne. Hohe Zustimmungsraten erzielten zudem die Forderung nach mehr Ganztagsbetreuung (82 Prozent) und längerem gemeinsamen Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsniveaus (78 Prozent).

93 Prozent der Befragten waren darüber hinaus der Ansicht, dass für mehr Bildungsgerechtigkeit ein einheitliches Bildungssystem ohne deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern „sehr wichtig“ oder „wichtig“ ist. Auch aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes sollte grundsätzlich über ein bundesweit einheitlicher gestaltetes Bildungssystems nachgedacht werden, allerdings unter der Maßgabe, dass ein solches System auf einem hohen Qualitätsniveau etabliert werden kann. Die personelle Ausstattung mit gut qualifiziertem Personal und die individuelle Förderung von benachteiligten Kindern sind hier wichtige Aspekte. Eine wichtige Voraussetzung dafür stellt die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Bildungsbereich dar, da die damit verbundenen Kosten nur als nationale gemeinsame Kraftanstrengung zu meistern sind.

Dimension soziale Teilhabe – über alltägliche und politische Beteiligung und die Bedeutung der Lebensstile für soziale Positionierungen

Dieser Bereich ist in gewisser Weise der komplexeste – eher dem kulturellen und sozialen Überbau zugeordnet und demzufolge als „weiche“ Dimension beschreibbar. Nicht zuletzt deswegen ist die Notwendigkeit der Verbesserung sozialer Teilhabe in seiner Bedeutung für Unterstützungsleistungen womöglich schwerer zu legitimieren. Zugleich ist diese Dimension von enormer Bedeutung, da hier – von den Beteiligten oftmals unbemerkt – über subtile Mechanismen der sozialen Klassifizierung Unterschiede und Chancen für gesellschaftlichen Aufstieg und Erfolg ausgehandelt werden.

Denken wir soziale Teilhabe zunächst als Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Die Beteiligungsrechte ergeben sich aus den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention. Die Beteiligung aller Kinder an den Angelegenheiten, die sie betreffen, ist somit geltendes Recht in Deutschland. Auf den Bereich armutsgefährdeter Kinder hin spezifiziert sind vier Ebenen beschreibbar, aus denen heraus sich – über die verbindlichen rechtlichen Vorgaben hinaus – kausal für ein intensiveres Bemühen um die Umsetzung der Beteiligungsrechte auch für armutsgefährdete Kinder argumentieren lässt.

Erstens verbessert es die Qualität der Unterstützungsleistungen, wenn Kinder bei deren Ausgestaltung einbezogen werden. Das betrifft zum einen die Bereiche selbst, in denen Unterstützung geleistet wird. Hier müssen die Kinder befragt werden, denn so können eventuell bestehende Unterstützungslücken identifiziert, sowie darüber hinaus existierende Unterstützungsleistungen einer sinnvollen Kritik unterzogen werden. Zum Beispiel ist es nicht Wunsch eines jeden Kindes, ein Instrument zu lernen, sondern vielleicht eher mit Gleichaltrigen an Fahrrädern rumzuschrauben oder in einem Medienzentrum einen Programmierkurs zu machen. Abgesehen von vollkommener Abwesenheit von Unterstützung ist wohl kaum etwas so sehr verschenkt wie Unterstützungsleistungen, die an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten vorbeigehen. Dies desavouiert die staatlichen Bemühungen, und im schlechtesten Fall auch die Adressatinnen und Adressaten, denen in einem logischen Fehlschluss oft genug fehlende Dankbarkeit vorgehalten oder vorgeworfen wird, die entsprechenden Leistungen gar nicht zu verdienen, da sie nicht bei ihnen ankommen. Doch hier besteht eine unzulässige

Umkehrung des Argumentes. Wenn die Leistungen nicht angenommen werden, dann ist der Fehler fast immer bei den Leistungen zu suchen.

Zweitens, und dieses Argument schließt eng an das erste Argument an, legitimiert die Beteiligung der betroffenen Kinder die daraus resultierenden Unterstützungsmaßnahmen. Diese Legitimation geht eher in Richtung der öffentlichen Meinung, als dass damit garantiert werden kann, dass die Maßnahmen auch tatsächlich wirken. Es kann nachvollziehbar öffentlich dargelegt werden, wie und in welchem Maße die Adressatinnen und Adressaten einbezogen wurden, was als Qualitätsstandard in Fachkreisen unumstritten ist. Damit ist nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt worden. Neue Erkenntnisse über die Wirkung der Maßnahmen oder ggf. deren unzureichende Wirkung müssen anschließend auf demselben Wege gesammelt und zur Verbesserung genutzt werden.

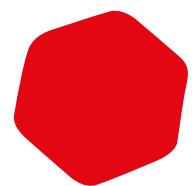
Nicht vergessen werden darf drittens, dass die Beteiligung der Kinder als Prozess bereits zu deren Stärkung beiträgt, also die Armutsfolgen abschwächen hilft. Die armutsgefährdeten Kinder lernen, dass ihre Meinung etwas zählt und dass sie Einfluss nehmen können auf ihr direktes Lebensumfeld. Diese Verbesserung im Bereich der Selbstwirksamkeit kann dazu beitragen, den für Kinder früh wahrnehmbaren und sich schnell verfestigenden Überzeugungen, auf die eigenen Beschränkungen und Nachteile keinen Einfluss nehmen zu können, positiv entgegenzuwirken. Die Fähigkeit zur nachhaltigen Einflussnahme auf das eigene Leben zu besitzen, die eigenen Bedürfnisse artikulieren und realisieren zu können, ist von außerordentlich großer Bedeutung und wirkt nachhaltig auf die Handlungsstrategien der armutsgefährdeten Kinder. Wer einmal gelernt hat, dass die eigene Biografie nicht nur aus Nachteilen und Zurückweisung bestehen muss, sondern vielmehr durch eigenes Handeln aktiv im eigenen Sinne gestaltet werden kann, wird diese Erfahrung nie wieder vergessen und Mitbestimmung im besten Fall in Zukunft einfordern. Im Zuge der Forderung nach Chancengerechtigkeit und auch im Einklang mit einem Menschenbild, das es dem Individuum überantwortet, für das eigene Wohlbefinden und sein gelingendes Leben einzutreten, ist eine solche Erfahrung von unschätzbbarer Bedeutung. Und es kann zudem helfen – dieses Ziel muss stets an oberster Stelle stehen –, die Kinder als Erwachsene aus der häufig vererbten Abhängigkeit von Hilfesystemen zu emanzipieren.

Dass Beteiligung der Kinder an den sie betreffenden Entscheidungen ihre Resilienz, also Widerstandsfähigkeit, gegenüber Armut maßgeblich stärkt, verdeutlicht anschaulich bereits der Kinderreport 2012. Dieser weist empirisch am Beispiel von Kindertageseinrichtungen nach, dass Kinder durch Mitbestimmung schon früh soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen. Je stärker sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertageseinrichtungen beteiligt werden, desto stärker und somit resilienter werden sie. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten. Gelegenheiten zu gesellschaftlichem Engagement fördern schon in der Kita die Handlungskompetenzen wie Autonomie, Vertrauen in sich selbst und Selbstwirksamkeit. In der Studie heißt es: „Die Erfahrung, dass man gehört wird, führt dazu, dass man gehört werden will, von sich überzeugt ist und aktiv am Geschehen teilhat.“ Insbesondere für armutsgefährdete Kinder bedeutet dies, dass sie den Widrigkeiten, denen sie ausgesetzt sind, besser begegnen und den negativen Folgen der Armut somit stärker entgegen wirken können. Sie sind in der Folge auch besser in der Lage, aktiv zu Gestaltungsmöglichkeiten zu greifen, die ihnen in Institutionen, ihrem Netzwerk, ihrem Sozialraum oder über Kontakt zu Gleichaltrigen geboten werden.

Und schließlich viertens, unterstützt jede Form der Beteiligung den Erwerb eines Habitus, der zivilgesellschaftliches und politisches Engagement im Erwachsenenalter wahrscheinlicher macht. Dass wir diese Formen des Engagements nicht den Sozialmilieus überlassen können, in denen es auf „natürliche“ Weise von klein auf eingeübt wird, liegt auf der Hand: So, wie wir uns bei der Antwort auf die Frage, ob es Deutschland wirtschaftlich gut geht, nicht nur auf diejenigen beschränken dürfen, denen es tatsächlich gut geht, können wir uns bei der Frage, wer sich in Deutschland zivilgesellschaftlich und politisch engagiert, einen solchen Fehler beim Blickwinkel ebenso wenig leisten.



Aus der Shell Jugendstudie 2015 wissen wir, dass das politische Interesse Jugendlicher in den letzten Jahren wieder gestiegen ist. Das ist erfreulich. 41 Prozent politisch Interessierte sind hier zu vermelden. Daraus folgt allerdings, dass 59 Prozent nicht politisch interessiert sind, also die am Ende doch deutliche Mehrheit. Sozial benachteiligte Jugendliche zeigen laut der Shell Jugendstudie ein deutlich geringeres politisches Interesse als Jugendliche aus den Mittel- und Oberschichten. Insgesamt ist beim politischen Interesse noch viel Luft nach oben und weitere Anstrengungen sind notwendig, auch wenn man niemanden zu seinen Interessen zwingen kann und soll. Den Sachverhalt positiv denkend könnte man der Frage nachgehen, was die befragten Jugendlichen unter politischem Interesse verstehen, ob hier beispielsweise normative Grundannahmen davon, was „politisches Interesse“ sein könnte, zugrunde gelegt sind. Dies würde den Erfahrungen des Deutschen Kinderhilfswerkes mit vielen Jugendlichen entsprechen, die sich im Gespräch und im Engagement als stark politisch interessiert erwiesen, sich selbst allerdings nicht so klassifizieren würden, da für sie der Begriff des politischen Interesses stets normativ mit den Strukturen der Parteien und der repräsentativen Demokratie einhergeht. Ihr Interesse am direkten Lebensumfeld, der Schule und Schulwegen, der baulichen Gestaltung ihres Wohnviertels, Rückzugsorten und Treffpunkten für Jugendliche, Mobilitäts- und Datennetzfragen indes ist politisch. Auch ihre Sachkenntnis und ihre Ideen zur Veränderung sind als politisches Denken und politisches Interesse zu klassifizieren. Politisches Interesse ist allerdings noch kein politisches Engagement. Hier schließt sich der Kreis zur Bedeutung von Erfahrungen darüber, auf welchen Wegen Engagement stattfinden kann und darüber, dass ein solches Engagement auch Wirkung zeigen kann. Deshalb ist die Schaffung von mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungschancen, insbesondere von benachteiligten Kindern sowie qualifizierte Begleitung bei ihrer Mitwirkung in Kommune, Schule und Kita durch interkulturelle, integrativ-pädagogische und niederschwellige



ge Beteiligungsangebote dringend notwendig, bei denen das Engagement nicht an im Vorhinein zu erwerbende Kompetenzen (bspw. Gruppendiskussionen, Verfassen von Anträgen, Arbeit mit komplizierten Texten) gebunden ist. Auch führt kein Weg am Einsatz digitaler Medien vorbei, die in der heutigen Welt zum Alltag von Kindern und Jugendlichen gehören. Chancen bietet zudem der Ausbau der Schulsozialarbeit, die auf der einen Seite präventive und gesundheitsförderliche Angebote für junge Menschen anbieten kann und auf der anderen Seite eine Brücke zum Sozialraum und den Beratungs- und Hilfsangeboten vor Ort darstellt.

Die Bedeutung des frühzeitigen Erlernens von Engagement bestätigt sich auch durch die Studie „Vita gesellschaftlichen Engagements“ des Deutschen Kinderhilfswerkes, für die etwa 3.000 Personen, die auf Bundesebene, Landesebene, in Kommunen, Vereinen und freien Trägern durch überdurchschnittliches gesellschaftliches Engagement bekannt waren, nach ihrer Engagementbiografie befragt wurden. Die Ergebnisse sind in Argumentationen weiter oben bereits eingeflossen. Sehr deutlich kommt darin zum Ausdruck, dass die größte Bedeutung für die Herausbildung von Engagement offensichtlich die positive Erfahrung ist, wertgeschätzt zu werden, indem die Möglichkeit eingeräumt wurde, Anteil nehmen zu können. Vereinfacht zusammenfassen lassen sich die Ergebnisse der Studie wie folgt:

Wenn Kinder und Jugendliche bereits in jungen Jahren positive Erfahrungen mit Partizipation gesammelt haben, werden sie sich auch als Erwachsene gesellschaftlich engagieren. Es wird bereits in jungen Jahren damit begonnen, eine Engagementvita zu schreiben. Als Fortsetzungsroman durchdringt sie immer neue Facetten gesellschaftlicher Wirklichkeit und wird immer stärker bis ins hohe Alter in die lebensgeschichtlichen Ereignis- und Erfahrungsabläufe eingebunden.



Sehen wir uns, als ein weiteres Beispiel der sozialen Teilhabe, den Bereich der Mediennutzung an. Eine kompetente Mediennutzung ist heute ein entscheidender Schlüssel für Teilhabe an gesellschaftlichen Informations- und Entscheidungsprozessen, somit notwendige Qualifizierung. Mediennutzung kann zugleich zur sozialen Klassifizierung eingesetzt werden – beispielsweise durch Unterscheidungen darin, welche Webseiten und Apps genutzt werden oder welche sozialen Netzwerke. Die Kompetenz des Kindes, sich auf eine selbstbestimmte und selbstgewählte Art und Weise im Internet zu bewegen, kann durch Unterstützungsleistungen beeinflusst werden. Das Internet kann zum Ausdruck der persönlichen Meinung und für eine gestalterische Beteiligung an gesellschaftlicher Öffentlichkeit genutzt werden. Ein in diesem Sinne kompetenter Umgang mit dem Internet erfordert jedoch Fähigkeiten, die sich im Laufe der individuellen Entwicklung und abhängig vom sozialen Umfeld aufbauen. Bei der Entwicklung dieser Fähigkeiten bedarf es vor allem der Unterstützung durch Eltern und pädagogische Fachkräfte. Nur wenn Kinder Medien kompetent nutzen lernen, stehen ihnen die Chancen für gesellschaftliche Partizipation in der Informationsgesellschaft in einem umfassenden Sinne offen.

Neben kompetenter Mediennutzung ist es gleichzeitig von Bedeutung, Kindern eine chancengerechte Nutzung von Medien zu ermöglichen. Denn hinsichtlich der individuellen Nutzungsweisen und Aneignungsstrukturen der Kinder bestehen Differenzen, die auf Unterschieden in sozialer Herkunft, Bildungsmilieu, körperlichen Eigenschaften und anderen Ressourcen beruhen. Medienpädagogische Bemühungen, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu fördern, können Ungleichheiten kompensieren. Gerade weil sie umgeben von digitalen Medien aufwachsen,

ist es wichtig, ihnen einen selbstgesteuerten und bildungsfördernden Umgang mit diesen zu ermöglichen. Damit ein chancengerechter Zugang zu neuer Technologie gesichert ist und die digitale Kluft zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Milieus verringert werden kann, sind gerade Bildungsinstitutionen gefordert, Kindern Zugang zu und Nutzungsmöglichkeiten von unterschiedlichen digitalen und analogen Medien zu schaffen.

Neben dem Bereich des zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements sowie der Mediennutzung soll es schließlich für die Lebenslagendimension der sozialen Teilhabe auch ganz allgemein um kulturelles Wissen und Kompetenzen, mithin um Gewohnheiten und Lebensstile, den Musikgeschmack, Spracheigenheiten, die Freizeit- oder Urlaubsgestaltung, den Kleidungsstil u. v. m. – also die symbolische Ebene der Gesellschaft – gehen. Es ist bekannt, dass über gesellschaftliche Klassifizierungen und damit höhere oder niedrigere gesellschaftliche Positionen auch durch kulturelles Wissen und Geschmack entschieden wird. Das Konzept der sozialen Klassifizierung und Zuordnung zu unterschiedlichen Gruppierungen in Gesellschaften durch symbolische Handlungen scheint, mit mehr oder weniger starken Auswirkungen, allen menschlichen Gesellschaften eigen zu sein. Kritik daran ist dann angebracht, wenn sich aus den Zuordnungen verfestigte soziale Positionierungen ergeben.

Diese weitreichenden gesellschaftlichen Klassifizierungen lassen sich allerdings nicht mal eben von heute auf morgen abschaffen. Stellen wir uns ein Kind vor, das aus einer Familie mit geringem Einkommen aber gutem Bildungsniveau kommt: dieses wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von klein auf mit soziokulturellen Gewohnheiten in Berührung kommen und diese verinnerlichen, welche dem Bildungsniveau seiner Familie entsprechen. Diese Gewohnheiten und Verhaltensstrategien sind einem ständigen historischen Wandel unterworfen, das Funktionsprinzip bleibt allerdings erhalten: Es unterstützt die Zuordnung zu sozialen Gruppen. Als Beispiel, welches die Funktionsweise dieses Prinzips veranschaulichen kann und ohne genauere Beschreibung des Herkunftsmilieus des Kindes hypothetisch bleibt, wäre es denkbar, folgendes anzunehmen: Dieses Kind aus einer Familie mit geringem Einkommen aber gutem Bildungsniveau kommt mit einer bürgerlichen Tradition des Lesens in Berührung, mit kulturellen Formen wie Theater oder den bildenden Künsten, mit den seinem soziokulturellen Milieu entsprechenden Formen der Popkultur (bspw. Film und Musik), mit der Rezeption spezifischer Massenmedien (die ZEIT anstelle der BILD), es erlernt sicher auch, mit entsprechenden positiven Folgen, bestimmte Ernährungs- und Gesundheitsvorsorgeeinstellungen, die Eltern werden kostenfreie Zugänge zur sozialen Teilhabe kennen oder in Erfahrung bringen bzw. nutzen können. Das Kind wird sich einen Geschmacks-, Verhaltens- und Kompetenzhorizont aneignen, mit dem es sich mühelos in den sozialen Kreisen des Bildungsniveaus seiner Familie bewegen kann und als dazugehörig wahrgenommen wird – auch wenn die Familie dieses Kindes vom Einkommensniveau her spürbar schlechter gestellt ist. Bei entsprechenden Gesprächen über die kulturellen Praktiken ist das Kind anschlussfähig, auch besitzt es mit statistischer Wahrscheinlichkeit Erfahrungen und Kompetenzen, die zivilgesellschaftliches und politisches Engagement wahrscheinlicher machen, vielleicht wird es auch von materiell besser gestellten Familien aus dem Freundeskreis auf Urlaubsreisen mitgenommen und kann hier seinen Horizont von Urlaubserfahrungen positiv erweitern: Er endet nun nicht mehr auf dem Familienbalkon (sofern es denn überhaupt einen gibt) oder in der Ferienmaßnahme eines sozialen Trägers, und auch dadurch wird es dem Kind leichtfallen, als dazugehörig wahrgenommen zu werden. Trotz der materiellen Armut sind die Aufstiegschancen eines solchen Kindes wohl insgesamt gesehen gut, denn die materielle Armut wird durch aufstiegsrelevante Kompetenzen in anderen Bereichen zum Teil ausgeglichen.

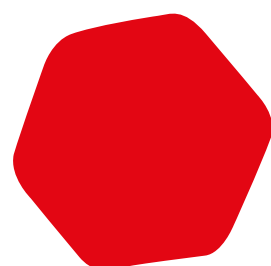
Diese Kompetenzen besitzt ein Kind, dessen Eltern ebenfalls ein geringes Einkommen und darüber hinaus auch ein geringes Bildungsniveau haben, nicht mit derselben Wahrscheinlichkeit. Beim Versuch, in akademischen Kreisen Anschluss zu finden, werden Bildungslücken zutage treten, die sich nicht nur auf bürgerliche Kultur oder Spielformen der Popmusik und Popkultur beschränken, sondern beispielsweise auch bis zu Essgewohnheiten und alltäglichen Verhaltensweisen reichen. Eine Zuordnung zu einem sozioökonomischen Milieu, das außerhalb des akademischen liegt, wird hier bewusst oder unbewusst leicht vorzunehmen sein. Und in Zusammenhängen der Konkurrenz um Aufstiegsperspektiven spielen solche Zuordnungen, dies wurde bereits erwähnt, eine große Rolle, oftmals zum Nachteil der sozial benachteiligten Kinder.



Es wurde bereits ausgeführt: Unterschiede in der Form, wie sie soeben exemplarisch erläutert wurden, sind interessant und machen nicht zuletzt die Vielfalt unserer Gesellschaft aus. Wenn sie allerdings zu Chancenungerechtigkeit beitragen, sind die Auswirkungen dieser Unterschiede (nicht die Unterschiede selbst) zu kritisieren und Maßnahmen zur Abschwächung dieser Auswirkungen notwendig. Hier ist einerseits ein gesellschaftlicher Reflexionsprozess erforderlich, über den ein aufgeklärteres Verhältnis gegenüber den sozialen Klassifizierungen gewonnen werden kann und der Chancenungerechtigkeiten abzuschwächen hilft durch eine verbesserte soziale Durchlässigkeit. Auch sind geeignete Maßnahmen notwendig, welche die armutspezifischen Benachteiligungen in den verschiedenen Dimensionen der Lebenslagen verringern oder ausgleichen. Doch mit Aufklärung und besseren Lebenslagen allein ist es nicht getan. Begreift man Gesellschaft als Struktur mit einer gleichbleibend begrenzten Anzahl an guten Positionen, so würde soziale Durchlässigkeit dazu führen, dass Positionen leichter gewechselt werden (was zu begrüßen wäre), der Aufstieg des einen allerdings notwendig zum Abstieg eines anderen führen müsste, denn die guten sozialen Positionen blieben in der Anzahl gleich. Neben der Durchlässigkeit ist somit insgesamt eine ausgeglichene Verteilung von Einkommen und Vermögen anzustreben, um die Anzahl der guten Positionen zu erhöhen. Verbesserte Chancengerechtigkeit ist ohne eine Verringerung der Verteilungsungleichheiten nicht zu erreichen.

Fazit

Festzuhalten ist somit, Armut wirkt sich in vielen Bereichen des Alltags von Kindern und Jugendlichen aus, dementsprechend brauchen wir ein bundesweites Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut mit aufeinander abgestimmten Infrastruktur- und Geldleistungselementen, das interdisziplinär an verschiedensten Stellen und damit an den Lebenslagen von Kindern ansetzt. Ein solches Programm muss als erstes für armutsfeste Hartz-IV-Regelsätze und eine Beschäftigungspolitik sorgen, die Eltern in die Lage versetzt, durch eigene Erwerbstätigkeit sich und ihren Kindern eine ausreichende finanzielle Lebensgrundlage zu bieten. Zudem haben Bund, Länder und Kommunen gemeinsam dafür zu sorgen, dass Einrichtungen für Kinder und Jugendliche so ausgestattet werden, dass sie deren Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten bestmöglich fördern können. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen legt dafür den Grundbaustein. Und mit der Überwindung von Bildungsbenachteiligungen stärken wir die Kinder als Subjekte und ermöglichen es ihnen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und nicht in Resignation zu versinken. Hier sind gute Kitas mit sozial gemischten Gruppen und gezielte Förderung von Einrichtungen in Gebieten mit vielen Kindern aus armen Familien ein wichtiger Ansatzpunkt für mehr Chancengerechtigkeit. Nicht vergessen dürfen wir dabei, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Kern Beziehungsarbeit ist. Es gilt daher der professionellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen die ihr gebührende Wertschätzung entgegen zu bringen und diese Arbeit soweit zu stärken, dass Kinder und Jugendliche dadurch unterstützt werden können, aus ihren angestammten Milieus einen gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. Dies drückt sich insbesondere in einer hinreichenden personellen Ausstattung und Entlohnung aus, sowie in verbesserten Wirkungsmöglichkeiten und adäquateren Instrumenten für eine solche Arbeit. Gleichzeitig gilt es der fortschreitenden Segregation von armen und reichen Familien in unseren Kommunen entgegenzuwirken. Wir verstärken die vorhandenen Probleme, wenn wir zulassen, dass arme Familien in manchen Stadtteilen unter sich sind. Letztlich fehlt es jedoch nicht nur an Strategien und Maßnahmen, sondern häufig auch am politischen Willen, endlich Geld für arme Familien in die Hand zu nehmen. Die finanziellen Spielräume in unserem Land werden nicht ausreichend zugunsten armer Kinder und Jugendlicher genutzt. Mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz würde die Fokussierung auf die Entwicklungschancen der nachwachsenden Generation stärker zur politischen Handlungsleitlinie.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

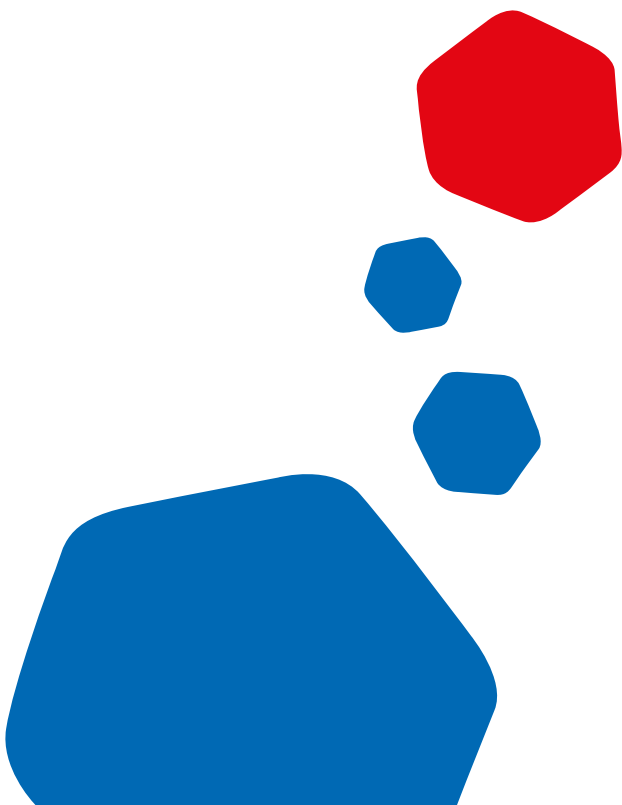
Für Kinderrechte, Beteiligung und die Überwindung von Kinderarmut in Deutschland

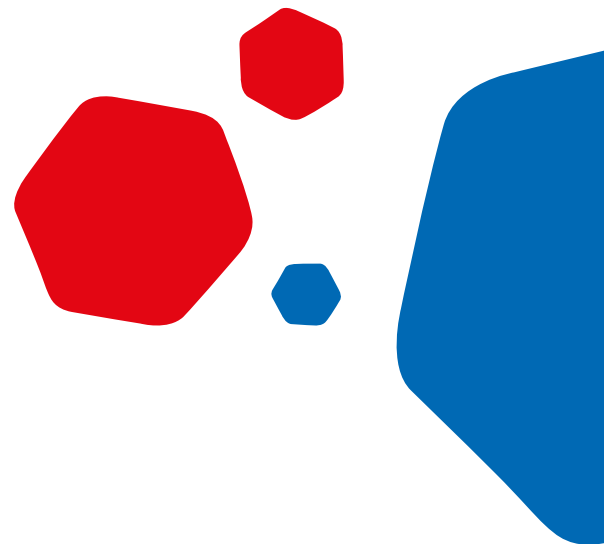
Seit über 45 Jahren schafft das Deutsche Kinderhilfswerk bessere Lebensbedingungen für Kinder in Deutschland. Wir helfen Kindern und ihren Familien, die in Armut leben. Und wir setzen uns deutschlandweit dafür ein, dass die Kinderrechte beachtet und aktiv gelebt werden – in der Gesellschaft genauso wie in der Politik.

Dabei arbeiten wir nachhaltig. Überall dort, wo wir uns für Kinder einsetzen, steht an oberster Stelle ihre Beteiligung. Denn Beteiligung von Kindern ist eine Versicherung für die Zukunft. Wer als Kind mitgestaltet und mitentscheidet, erfährt Stärke, Selbstbewusstsein und lernt demokratische Prozesse kennen. Kinder, die sich früh beteiligen, werden sich auch als erwachsener Mensch engagieren. Ein wertvoller Grundstein für eine gerechte Zukunft.

Um dies zu erreichen, fördern wir bundesweit Projekte, Initiativen und Maßnahmen so wie wir gleichermaßen eigene Aktionen umsetzen. Auch eine politische Lobby- und Netzwerkarbeit gehört dazu, um immer wieder auf die Kinderrechte aufmerksam zu machen und bei ihrer Umsetzung beratend zur Seite zu stehen.

Das Deutsche Kinderhilfswerk ist ein gemeinnütziger Spendenverein. Unsere Spendendose steht rund 40.000 mal in Deutschland.





Spendenkonto

IBAN

DE23 1002 0500 0003 3311 11

BIC: BFSWDE33BER

Bank für Sozialwirtschaft



Deutsches Kinderhilfswerk e. V.

Leipziger Straße 116-118

10117 Berlin

Fon: +49 30 308693-0

Fax: +49 30 308693-93

E-Mail: dkhw@dkhw.de

www.dkhw.de

Mitglied im



**Deutscher
Spendenrat e.V.**

Die gute Tat im Blick

ISBN 978-3-922427-13-1